

Bezugspreis:

Vierteljährlich 90.— M. monatlich 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16,50 M. für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zustellungs-Vereinfachung. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Brot und Fett“ und der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgepalmete Kampfbroschüre kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 1,50 M. (zweifache zwei getruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 5.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S 43 63, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gehalt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97

Sonnabend, den 19. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 117 53—54

## Der Kampf um Preußen.

### Die wahre Einheitsfront.

Hagen (Westfalen), 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Mitglieder der U.S.P.D. in Soest und Sassenberg haben sich laut Beschluß einer Versammlung am 18. Februar mit der S.P.D. zusammengeschlossen. Sie erlassen in den Zeitungen des Bezirks große Bekanntmachungen mit folgendem Wortlaut:

Die Unabhängigen Sozialdemokratischen Parteien Soest und Sassenberg haben sich laut Versammlungsbeschluß vom 13. Februar mit der Sozialdemokratischen Partei vereinigt. Wir leben in dem Zusammenschluß des gesamten werktätigen Volkes die wirksamste Waffe gegen die Reaktion. Wähler und Wählerinnen der U.S.P.D. enthalten auch nicht der Wahl, sondern wählen am kommenden Sonntag die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Vorstände der U.S.P.D. in Soest und Sassenberg. Dieser Beschluß der Unabhängigen in Soest und Sassenberg ist um so erfreulicher, als es sich bei diesen Städten um Ortschaften mit einer großen Industrie- und Arbeiterbevölkerung handelt. Die Aufforderung, für die S.P.D. zu stimmen, ist ein Beweis dafür, daß die Erkenntnis, wie schädlich die Uneinigkeit für die gesamte Arbeiterklasse ist, sich in immer weiteren Kreisen des Proletariats Bahn breitet.

### Geständnisse.

Unmittelbar vor der Wahl, in ihrer Morgenausgabe vom 18. Februar, greift die „Deutsche Tageszeitung“ die sozialdemokratischen Minister noch einmal mit besonderer Behemung an. Dem Unterrichtsminister wird „massives Unverständnis für das Hochschulwesen“ vorgeworfen.

Nach weissenlich dröseliger Reden sich deutsch-nationale Flugblätter und Versammlungsreden aus.

Wie urteilen dagegen sachverständige und anständige Deutsch-nationale über die Tätigkeit des Sozialdemokraten im Kultusministerium?

Zwei Beispiele! Im Sommer 1919 erhielt Genosse Haenisch von einer großen Lehrerversammlung in Holftein folgendes Begrüßungsgramm:

„Anfolge eines aufklärenden Vortrages unseres Abgeordneten Hermann (Friedersdorf) spricht die heute in Neumünster tagende neupreußische Provinzialversammlung dem Herrn Minister Haenisch, der in edelster Absicht und mit ganzer Kraft unermüdet für die Erhebung der Volksschule und des Lehrerstandes arbeitet, volles Vertrauen aus.“

Der Abgeordnete Hermann (Friedersdorf), von dem hier die Rede ist, gehört der deutsch-nationalen Fraktion der Landesversammlung an!

Am 12. November 1920 erklärte der deutsch-nationale Abgeordnete Superintendent Bronisch im Hauptauschuß der Landesversammlung nach dem amtlichen Bericht:

„Es sei ganz zweifellos, daß man es in dem Minister Haenisch mit einer ungemessen großen Kraft zu tun habe, die auf allen Gebieten mit dem Einsatz der Persönlichkeit, des Wissens und des Könnens bestrebt sei, Neues zu schaffen und fruchtbar Arbeit zu leisten. . . . Man müsse sich freuen, daß in dieser von Professor Seeberg als ideenarm beklagten Zeit auf einem so verantwortungsvollen Posten ein Mann stehe, der selbst wieder Ideen habe, sie ausspreche und verbreite, und der besonders tüchtige Persönlichkeiten ausfinden beflissen sei, um sie auf geeignete Posten zu stellen.“

Damit vergleiche man nun das Geschrei über die „Futterkruppenwirtschaft“ der sozialistischen Minister!

Nach den Worten der deutsch-nationalen Abgeordneten Hermann und Bronisch können alle Freunde einer gesunden Schulpolitik gar nichts anderes tun, als am Sonntag sozialdemokratisch zu wählen!

### Wie man „jüdische Führer“ macht.

In deutsch-jüdischen Blättern werden mitunter Komenschnisten veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß alle oder fast alle Führer der Sozialdemokratie Juden seien. Dabei werden einfach eine Reihe jüdisch klingender Namen nebeneinander gestellt. Jedes Mittel der Irreführung ist dabei recht. Christen werden zu Juden gemacht, anderswärts Juden, die der Partei gar nicht angehören, zu Parteiführern gemacht, schließlich werden auch jüdische Genossen, die irgendwo in der Partei tätig sind, als „Führer“ genannt, während gerade die bekanntesten Führer der Sozialdemokratie unter Schlägen werden.

Als Musterbeispiel liegt vor uns eine Veröffentlichung des „Vommerschen Landbundes“, der als agrarische Organisation ja nicht nötig hat, sich in seinen Veröffentlichungen nach irgendwo an die Wahrheit zu halten. In dieser Heftigkeit werden von verstorbenen Sozialdemokraten zu Juden gemacht: Friedrich Engels, Braque, Bebel (!), Hasenckveper, von heute lebenden Sozialdemokraten die Unabhängigen Bedebour, Dittmann, Bogtherr usw. usw. Als Führer der Sozialdemokratie werden Namen genannt, von denen wohl auch die ältesten Genossen noch nie etwas gehört haben, z. B. Caber, Cabensin, Sühling, Goldherr, usw. usw. Leute, die niemals der

Partei angehört haben, wie der vorgenannte Sturz, Prof. Nikolai usw., werden zu Führern erhoben, ebenso die außerhalb aller Parteien irrlichternden Nationalsozialisten Dausenberg und Wolffheim, auch Davidsohn mit seinem schwebenden Ausschuhverfahren geniebt bei den Antisemiten immer noch den Ruhm des „Führers“. Gänzlich fehlen dagegen in der Liste die Namen derer, die von der Sozialdemokratie in die höchsten Posten gesandt wurden, als Reichsfanzler, als Reichsminister, bundesstaatliche Minister usw. Vergebens sucht man die Namen Ebert, Scheidemann, Gustav Bauer, Robert Schmidt, Bissell, Legien, die Namen von Lademann, Seering, Braun, Haenisch, Luer, Hildebrand, Blos usw. Das sind natürlich alles keine Führer der Sozialdemokratie, denn sie sind ja keine Juden!

### Die Menükarte als Ankläger.

Ein Leser schreibt uns: Ihre Menükartenreihe vom Armeekommando Gade könnte zu der Ansicht verleiten, daß nur die höheren Stäbe sich in Schlemmereien ergingen. Daß gewöhnliche Regimentsstäbe genau so schlemmen, davon mögen die drei beiliegenden Menükarten, die ich selbst habe schreiben müssen, Zeugnis ablegen.

Die erste der drei kalligraphisch geschriebenen und hektographierten Menükarten lautet:

Prozinewitsch, den 4. Februar 1916: Festeffen anlässlich der Verteilung des bayerischen Verdienstordens an Herrn Major Riemann. R.R. 8. Speisenfolge: Kriegskrautbrühe mit Lebertrüben. — Riesenstangenenspargel mit geräucherter Schinken. — Hasenbraten, dazu Salzfartoffeln. — Kürbchen. — Ordensspeise. — Butter und Käse. — Wilder. — Crü Renard (Wein). — Gueser Herrnberg (Wein). — Hensel Tröden (Selt).

Zwei Weinarten, eine Seltmarke, außerdem Vitore zu einem Essen von fünf Gängen! Solche Festeffen waren an der Tagesordnung, denn es gab nichts, was nicht gefeiert wurde, wie die nächste Karte beweist:

Festeffen des Regimentsstabes R.R. 8 zur Feier der Beförderung des Leutnants Schmiedebach zum Oberleutnant. Prozinewitsch, den 30. Januar 1916: Suppe von Huhn mit Reiseinlage. — Krametsbügel mit Butter. — Gebratener Schweinerücken mit gerösteten Kartoffeln. — Prozinewitscher Beikohl. — Mirabellen. — Oberleutnantspeise mit Truchtsaft. — Butter, Käse. — Getränke: Gueser Herrnberg. — Crü Renard. — Hensel Tröden. — Wilder: Kurfürstlicher Regenbitter, Danziger Goldwasser.

Die „Festeffen“ folgten also in ganz kurzen Abständen. Daß man aber auch bei gewöhnlichen Mahlzeiten nicht darbt, dafür die letzte Karte:

Speisenfolge zu dem fehmäßigen Abendessen des R.R. 8. Prozinewitsch, den 16. März 1916: Ochsenschwanzsuppe. — Fischpasteten. — Rindfleisch mit Gemüse. — Mirabellen. — Apfelspeisenpeise mit Schlagjohne. (!) — Butter und Käse. — Getränke: Wellenfleiner (Wein). — Château de Terres-Vielles (Wein). Schlagjohne, zwei Weinarten, vier Gänge — das war bei den Herren vom Stab „fehmäßig“. — So gaben sie den Mannschaften und der Heimat ein Beispiel im Ertragen von Entbehrungen. Wer hat die Front erdolcht?

## Pfui! Schämte Dich!

Du willst am Sonntag nicht zur Wahl gehen? Ist es Dir gleichgültig, ob Deine reaktionär-kapitalistischen Todfeinde wieder die Macht an sich reißen und Dich wie früher knebeln? Willst Du lieber Knecht sein, als freier, gleichberechtigter Staatsbürger? Willst Du nicht mithelfen, durch demokratisch-sozialistischen Aufbau aus dem heutigen Elend herauszukommen?

## Du mußt zur Wahl gehen!

Dies ist Dein Stimmzettell!

<p>Landtag Provinz Kreis</p> <p><b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b></p> <p>S. P. D.</p>
--

## Die U.S.P. ist müde.

Seit ihrem Spaltungsparlament von Halle ist von der Unabhängigen Partei nur noch ein Rumpf übrig geblieben. Die aktivsten Kräfte sind zur kommunistischen Partei übergetreten und die Reichstagsfraktion, die sich heute noch als „unabhängig“ bezeichnet, ist ganz zweifellos viel stärker als sie dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl nach sein dürfte.

Im gegenwärtigen Wahlkampf um Preußen ist deshalb die Partei der Unabhängigen fast ganz still geworden. Ihr Zentralorgan, die „Freiheit“, hat schon in Aufrufen festgestellt, daß sie leider nicht die „Wahlmaschine“ der alten Sozialdemokratie und auch nicht einmal mehr die Moskauer Gelder für sich hätte. Sie verlangt deshalb von ihren Anhängern, daß sie beides durch Idealismus und Opfermut ersetzen. Im Opfermut und Idealismus aber ausfinden zu können, ist vor allem Dingen nötig, daß eine Partei ein festes erstrebenswertes Ziel sich gesteckt hat und daß das Streben nach diesem Ziele Begeisterung auslöst, das hat vor kurzem der unabhängige Spitzenkandidat für Hessen-Kassau, Hiltmann, in einer Versammlung offen ausgesprochen. Er erklärte:

Der fürchtbare gegenwärtige Kampf macht uns müde und müde. Deshalb haben wir auch keine richtige Begeisterung mehr.

Dies eine Wort beleuchtet schlaglichtartig die Lage, in der sich die Partei der Unabhängigen befindet. Sie ist tatsächlich zwischen zwei Stühlen, zwischen dem der sozialistischen Demokratie, wie sie in der alten Partei verkörpert ist, und dem der bolschewistischen Diktatur. Was ihr an Zielklarheit und Ueberzeugungstreue abgeht, sucht sie zu ersetzen durch ein um so lauterer Reden von der Revolution. Aber mit revolutionären Schlagworten allein läßt sich eine Politik des Erfolges für die Arbeiterklasse nicht treiben. Sie muß suchen auf einer klaren politischen Handlungslinie, und diese geht der U.S.P. vollständig ab. Ihre Parlamentarier sind in der peinlichen Lage, um des Scheinradikalismus willen ängstliche Rücksicht auf die Kommunisten zu nehmen, die ihnen im Wortschwall weit über sind und die doch noch vor kurzem ihre Parteibrüder waren. Auf der anderen Seite aber möchten sie gern parlamentarisch erfolgreich arbeiten, ohne doch ihrem revolutionären Sprachgebrauch etwas zu vergeben.

In dieser Zwischmühle ist es begreiflich, daß die Partei als solche und ihre einzelnen Anhänger im Lande jede Begeisterung verlieren und „müde und müde“ werden. Nach dem Abzug derer um Däumig und Müller, die zu den Moskowitern übergingen, macht sich im Lager der Unabhängigen immer mehr eine Stimmung bemerkbar, die sich aus einem schlechten Gewissen ergibt. Immer weitere Scharen ihrer Anhänger beginnen einzusehen, daß die Politik des „So tun als ob“ nicht auf die Dauer beibehalten werden kann. Und viele von ihnen haben bereits erkannt, daß es ein sehr schlimmer Streich war, die geschlossene Einheit der sozialdemokratischen Bewegung zu sprengen und damit immer weiteren Spaltungen die Wege zu ebnen. Immer mehr Unabhängige kommen auch zu der Erkenntnis, daß eine radikale Umstellung der bisherigen Parteihaltung notwendig sei. Da sie nicht den Weg nach Moskau mitgegangen, bleibt ihnen nur der Weg übrig, wieder Anschluss an die alte Sozialdemokratie zu suchen und den Bahnen zu folgen, die durch jahrzehntelange Tradition ihr vorgezeichnet sind.

Als der 6. Juni den Unabhängigen jenen großen Scheinrieg brachte, der im wesentlichen darin bestand, daß ein Teil der früher sozialdemokratischen Wähler sich der vermeintlich radikaleren Gruppe angeschlossen hatte, da hatte die unabhängige Partei die Möglichkeit, ihre Kritik an der alten Sozialdemokratie und ihre Verprechungen gegenüber den Wählern in politische Tat umzumünzen. Ihr war Gelegenheit geboten, im Reichstage mit der alten Partei, die immer noch die stärkste unter den sozialistischen Gruppen war, gemeinsam eine Regierung zu bilden, zu der es nötig gewesen wäre, um die Mehrheitsbildung willen, republikanische Kräfte aus der „Deutschen demokratischen“ und der Zentrumspartei hinzuzuziehen. Aber im Volkgefühl ihres neu errungenen Wahlsieges lehrte die U.S.P.D. das Angebot einer solchen Regierungsbildung brüst ab. In ihren Reihen hatte damals augenscheinlich die Richtung gefiegt, die später den Abmarsch nach Moskau vollzog. Durch die schroffe Ablehnung hoffte man die Einigkeit der damals schon auseinanderstrebenden Mägel noch länger aufrechterhalten zu können. Die Zentralkommission der U.S.P.D. erklärte stolz wie ein Spanier:

Der Eintritt der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in eine solche Regierung würde eine Unterstufung der kontroversen politischen Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner, Kleinbauern, die der U.S.P.D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Kampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.

Trotzdem schon damals klar zutage lag, daß innerhalb des neuemählten Reichstags die drei sozialistischen Gruppen nur eine wenn auch sehr starke Minderheit darstellten und daß



innerhalb dieser Minderheit die alte Sozialdemokratie eine erhebliche Mehrheit bildete, hielt die Zentralleitung der U.S.P. es doch für nötig, hinzuzufügen:

Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluss ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Das wurde geschrieben, als die Zentralleitung noch glauben konnte, eine geschlossene Partei zu vertreten. Wenige Wochen darauf aber zeigte sich bereits der offene Zerfall dieses tönernen Kolosses. Auf ihrem halleischen Parteitag haben sich die Mitglieder der gleichen Zentralleitung, die eben noch eine so annehmende Sprache gegenüber der alten Partei führte, gegenseitig nachgewiesen, daß sie entweder „Opportunisten“ oder „entschluslos“ oder „unklare Köpfe“ seien oder daß ihnen das Abo des Sozialismus abginge, vor allem aber, daß sie „keine Führerqualitäten“ hätten. Dieselben Personen, die eben noch einen Wahlsieg erzielt hatten, der für sie selbst überraschend kam, und die aus diesem Grunde das ehrliche Angebot der alten Sozialdemokratie zu gemeinsamer Arbeit brüskt zurückwiesen, ergingen sich in Halle in bestigter gegenständlicher Bekämpfung, die mit der Spaltung endete.

Heute muß sich die damals so stolze Partei durch einen ihrer Führer bestätigen lassen, daß sie „müde und müde“ geworden sei. Den Anhängern fehlt nach den Erfahrungen, die sie gemacht haben, begreiflicherweise jede Begeisterung. Die U.S.P.D. hat in ihrer Hochburg Sachsen bei den dortigen Landtagswahlen im November bereits eine ungeheuerliche Schlappe erlitten, die sie auch durch die Preußenwahlen kaum wieder auswecken kann. Die alte Sozialdemokratie aber, die sich nicht in die Moskauer Irregärten verloren hat, sondern ihrem alten Programm treu geblieben ist, kann auch diesen Wahllampf führen mit der ganzen Schwungkraft, die der Gedanke verleiht, einer guten Sache und einem hohen Ziel zu dienen. Der Arbeiterchaft im weitesten Sinne wird die preussische Wahl am 20. Februar die Möglichkeit geben, den einzigen Weg zur Einigung des sozialistischen Proletariats zu weisen, indem sie den müden Zwitterpolitikern in der U.S.P. den Laufpaß gibt und durch Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten wieder aufrichtet die alte Einheitsfront der deutschen Sozialdemokratie.

## Die neue Brotwirtschaft.

### Teures Brot oder Liebesgaben an die Agrarier.

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die für den 21. Februar, den Tag nach den Wahlen, angelegt ist, soll sich bekanntlich mit der Brotpreisberaufhebung und der neuen Ernährungswirtschaft befassen. Der Reichsernährungsminister Hermes hat dazu eine Denkschrift ausgearbeitet, aus der jetzt Auszüge bekannt werden. Die veröffentlichten Teile lassen keinen Zweifel darüber, daß nunmehr an den Abbau der Zwangswirtschaft für Brotgetreide energisch herangegangen werden soll. Obwohl keine positiven Vorschläge gemacht werden und obwohl die völlig freie Getreidewirtschaft ebenso wie die freie Einfuhr von Brotgetreide abgelehnt wird, zeigt doch die Art der Materialprüfung genau die Absicht, die Herr Hermes kürzlich vor hanseatischen Kaufleuten freimütig zum Ausdruck gebracht hat, daß der freie Handel sobald als möglich in seine alten Rechte zurückkehren und die Macht, das Brot durch hohe Preise vor dem übermäßigen Verzehr zu schützen, erhalten soll.

Es handelt sich in der Hauptsache um zwei Systeme, die in München „geprüft“ werden sollen: Freie Wirtschaft für inländisches Getreide bei verbilligtem Auslandsmehl oder Umlageverfahren, bei dem der Landwirt einen Teil des Getreides zu einem niedrigen Höchstpreis absetzt, den übrigen frei verkaufen darf. Hierüber sagt die Denkschrift:

„In ihrer Wirkung auf die Förderung der Produktion werden beide Systeme einander kaum nachstehen. Bisherlich

hat hier das Umlageverfahren wegen des Zwanges für den Landwirt, die Rentabilität seines Betriebes in hohen Hektarerträgen, nicht in hohen Preisen für geringere Erträge zu suchen, einen kleinen Vortritt. Die Niedrighaltung des Verbraucherpreises auf der für erträglich gehaltenen Höhe läßt sich beim Umlageverfahren unter allen Umständen durchsetzen, schlimmstenfalls durch Erhöhung der Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln. — Bei freier Landwirtschaft besteht die Gefahr, daß die Niedrighaltung des Preises durch verbilligtes Angebot der Auslandszufuhr dann verfehlt, wenn einmal die Einfuhren — auch nur für einige Zeit — den vorhandenen Bedarf nicht decken. Die Folge eines solchen Zusammenbruchs der Verbilligungsaktion wäre das Hinauffahren des Brotpreises auf — oder über — den Weltmarktpreis.

Das Umlageverfahren erfordert ferner seiner Natur nach geringere finanzielle Aufwendungen, um einen bestimmten Brotpreis zu erzielen, und zwar einmal deswegen, weil durch die mögliche Beibehaltung der Rationierung die Bedarfsmengen geringer sind, und weil außerdem ein Teil des Bedarfs zu besonders billigen Preisen (2100 M. pro Tonne Roggen nach den Vorschlägen der Unterkommission. D. Red.) aus dem Lande bezogen wird.

Dem steht im Gegensatz zur freien Inlandswirtschaft der Nachteil gegenüber, daß das Umlageverfahren die Beibehaltung des Zwangswirtschaftsapparates mit allen seinen Kosten und mit dem größten Teil seiner Kontrolle erfordert.“

Die Denkschrift spricht sich hier ziemlich klar für das Umlageverfahren aus, das auch der Reichswirtschaftsrat in

## Wahlausweise

Ämtliche Wahlbenachrichtigungskarten werden zur Wahl am 20. Februar nicht versandt. Jeder Wähler — Mann und Frau — nehme daher eine Legitimation (Paß, Steuerquittung, Versicherungskarte, Mietvertrag, Geburts- oder Heiratsurkunde) zur Wahl mit.

seinen bisherigen Ausschüßberatungen empfohlen hat. Mit Sicherheit ist also eine ganz enorme Verteuerung des Getreides, das im freien Handel vertrieben wird, zu erwarten. Die tatsächlich erfassten Mengen werden weiter zurückgehen, in keinem Falle aber dazu ausreichen, zusammen mit den Einfuhren den Bedarf von 92 Proz. der Bevölkerung, die im Reichswirtschaftsrat als weniger bemittelt angesehen wurden, zu decken!

Teures Brot oder — neue Liebesgaben an die Agrarier, nicht in Form von Düngemitteln, wie sie Genosse Braun zur Förderung der Produktion mit Recht empfiehlt, sondern als bares Geld, das verschlemmt oder gehamstert wird, ohne neue Produktionswerte zu schaffen!

Das ist die bürgerliche Ernährungspolitik Hermes. Es ist gut, daß diese Absichten in aller Evidenz vor der Wahl bekannt werden, damit das Volk sich danach richten kann.

## Ein würdiger Staatsanwalt.

Breslau, 18. Februar. (ZfV.) Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde-Breslau hatte in einer öffentlichen Wahlversammlung der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes in Schweidnitz gesagt, die Presse sei eine feile Dirne, die gegen Bezahlung zu allem zu haben sei. Auf die sofort vom Vorsitzenden des Landesverbandes der schlesischen Presse unternommenen Schritte gab Dr. Rohde eine entschuldigende Erklärung ab, die aber von dem geschäftsführenden Vorstand des Verbandes für unge-

engagiert ihn, um so den Beweis zu führen, daß seine Sicherheits-schlösser auch von den Raffiniertesten der Kunst nicht zu sprengen sind. Die ulkig-trochene und auch im Uebertreiben noch immer charakteristische Komik Riech verhalf dem tollsten Trubel der Bewildungen zu einem starken Lacherfolg. Der Fabrikant, der vor dem Eingeladenen sein Infognito bewahren will, wird von diesem als Komplize und künftiger Kollege angesprochen und läßt ihn in dem Glauben mit dem Effekt, daß er beinahe selbst in seinem eigenen Hause verhaftet wird. Es ist viel blühendere Drolerie in diesen Szenen unfeindlicher Kameradschaft. Und auch der Schluß hat amüsante Wendungen. Der ablige Herr Polizeiasessor und künftige Schwiegerjahn, der Stolz der strengen und sortierten Frau Rama, dessen Scharfsinn die dunkle Sache endgültig aufhellen soll, wird spielend leicht dupiert und stellt dem Sünder, wie weiland Wehrhahn in Hauptmanns Diebstahlkomödie der Mutter Wolsen, ein glänzendes moralisches Zeugnis aus.

Demokratie im Theater. Zu den Vorgängen am Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg, über die verschiedene, einander widersprechende Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangten, sendet uns der Betriebsrat des Deutschen Opernhauses folgende authentische Darstellung:

Nachdem der Betriebsrat die Ueberzeugung gewonnen, daß die innerhalb des Aufsichtsrats gebildete Kunst-Kommission ihr Amt nicht so verwaltet, wie es im künstlerischen Interesse des Instituts liegt, hatte der Betriebsrat das gesamte Personal zu einer Vollversammlung einberufen. Es ergab sich, daß das Personal den Intentionen des Betriebsrates folgt, und es wurde einstimmig die Neubildung einer Kunst-Kommission beschlossen, die sich aus Mitgliedern des Aufsichtsrats und des künstlerischen Personals zusammensetzen soll. Des weiteren wurde beschlossen, daß auch der Direktor vom Personal zu wählen sei. Die Beschlüsse bezweckten, die einzig verantwortliche, künstlerische Leitung des Instituts, die in den Händen des Direktors Georg Hartmanns liegt, weiter zu führen und zu kräftigen. Sie haben ihre besondere Berechtigung in dem Umstand, daß das Personal, gemäß einer bei der letzten Gehaltsregelung eingegangenen Verpflichtung, auch einen Teil des Risikos trägt.

Moderne Frauenbildung. Auf Einladung der Volksbühne las in der Aula des Gymnasiums „zum grauen Kloster“ Claire Sepère aus modernen Frauenbildungen. Diese gruppieren sich um zwei Hauptthesen, die Liebe und das Schwere, wachsende Kriegserleben und schöpfen daraus ihren Inhalt. Die Vortragende sprach in anmutender Natürlichkeit und Frische und verfuhr, durch innige Hingabe an den verschiedenen Dichtungen gerecht zu werden. So genoss man u. a. die Schönheit der Sprache einer Selma Lagerlöf, einen Brief Rosa Luxemburgs, der wahre April ist, und die starke Eigenart der Elfe Vaster-Schüler. Die schlechte Akustik, wohl bedingt durch den schwachen Besuch, war der Vortragenden freilich nicht günstig.

Das alte Deutsche Landestheater in Prag, das gelegentlich der deutschfeindlichen Kundgebungen von den Tschechen mit Beschlag belegt worden war, soll, nach Informationen des „Rezer“ (Der Abend), den Tschechen zurückgegeben werden. Für die tschechische Kunst werde ein neues Gebäude auf dem Revolutionärplatz errichtet werden.

zugen und erzielt wurde. Der Verband der schlesischen Presse und durch ihn der Reichsverband der deutschen Presse erhebt öffentlich scharfsten Protest gegen eine derartig schwere Ehrenkränkung und Verunglimpfung und weist mit aller Entrüstung diesen Willen zurück gegen einen Stand zurück, der sich im Dienste der Allgemeinheit frei weiß von Verdächtigungen, wie sie Rohde ausgesprochen hat.

## Pastoren in Hinterpommern.

Gelegentlich einer Besprechung der Schulverhältnisse der Pfarodie Döhlen, Kreis Bayenburg i. Pomm., mit Pastor Sydow über Festsetzung der Konfirmandenstunden nannte Sydow den Minister Haensch einen unwissenden, ungebildeten Kerl, der nichts für die Schule übrig habe, sondern nur parteipolitische Vorteile herauszuschlagen wolle. Dieser „Parteifreier“ wolle nur der Kirche ihre durch die Verfassung verbrieften Rechte fürzen.

Wenn einer unserer Genossen in der Regierung sich einen dieser Leute vornimmt und ihn wegen Beleidigung oder Verleumdung verklagt, so wird jedenfalls ein Ehegericht angestimmt, das zwar an Urteilen aufwand den Schimpfereien in nichts nachsteht, aber von dem vorher bewiesenen Mut nur wenig verrät!

## Entscheidung in wenigen Wochen!

Der Bayerische Industriellen-Verband G. A. München, Sonnenstr. 3, welcher bereits zu wiederholten Malen von uns als Kriegsinstrument gegen den Reichsverband in Betracht gezogen wurde, hat am 14. Februar d. J. erneut ein Rundschreiben an die Mitglieder, welches mit folgenden Worten beginnt:

Die politischen Ereignisse drängen schon in wenigen Wochen zu einer Entscheidung für uns in wichtigen Lebensfragen. Die bayerische Industrie muß für die kommenden Winter finanziell gerüstet sein, um überall schnell eingreifen zu können, wo ihre Lebensinteressen es erfordern.

Zum Schluß des Schreibens tritt der Vorstand der bayerischen Industriellen mit, daß er jede Verantwortung ablehnt, wenn die Mitglieder ihren zehnjährigen Jahresbeitrag nicht sofort abführen.

## Tragikomisches vom A. A.

Die „Tema“ meldet folgende Sache als authentisch:

Ein im Orient seit 15 Jahren tätiger und bewährter Dramatiker, der sitzend türkisch, arabisch und persisch spricht, ist zur Ableistung des Konsulatsexamens aufgefordert worden, nach Berlin zu kommen. Man hat ihm, einem Spezialisten des Orients, eine Arbeit über — mexikanisches Erdbeben gegeben, wahrscheinlich um seinen Geschäftskreis dadurch wesentlich zu erweitern. Inwiefern diese Erweiterung aber das Urteil über seine Bewährung im Orient festigen soll, ist nicht ganz ersichtlich. Der Beamte hat es hierauf vorgezogen, seinen Abschied zu nehmen.

Soll das die Wirkung des Regionalsystems und der sonstigen Reformen sein?

Wahlorschläge für die Landwirtschaftskammerwahlen. Der preussische Landwirtschaftsminister Braun gibt bekannt, daß nach der Wahlordnung zu den Landwirtschaftskammerwahlen auch dann gewählt werden muß, wenn nur ein Wahlorschlag zugelassen ist. In diesem Falle gelten also die Bewerber nicht ohne weiteres als gewählt. Durch die Verlegung des Wahltermins auf den 20. März, und die Verlängerung der Frist zur Einreichung von Wahlorschlägen bis zum 3. März ist für die Wahlvorbereitungen ein längerer Zeitraum geschaffen, und es ist anzunehmen, daß Wahlbezirke mit nur einem Wahlorschlag nicht zahlreich sein werden.

Strafverfolgung eines Abgeordneten. Gegen den bauerabundlichen Abgeordneten Rapp, der seine Stelle als Stadtverordneter von Klein-Gartach niedergelegt hat, ist, wie in der württembergischen Landtagssitzung am Donnerstag der Präsident mitteilte, von der Staatsanwaltschaft Heilbronn ein Antrag auf Strafverfolgung wegen Betrugs gestellt worden. Der Geschäftsausschuss hat seine Genehmigung zu der Strafverfolgung erteilt.

Der neu gewählte hessische Landtag wählte zum Präsidenten Abg. Meier-Deimold (Soz.) und zum Vizepräsidenten Abg. Meier-Döentrup (Dnat.).

Der Kunstraub an Oesterreich. Das traurige Geschick des teilweise ausverkauften, das der schwerleidenden österreichischen Republik droht, wird durch einen Beschluß der Internationalen Reparationskommission gleichsam offiziell anerkannt. Wie im „Cicero“ berichtet wird, ist der Kunstbesitz der Republik in drei Klassen geteilt worden: erstens Kunstgegenstände, die unter keinen Umständen veräußert werden dürfen. Zweitens: Kunstgegenstände, die in Fällen äußerster Not verkauft werden dürfen. Drittens: Kunstgegenstände, die verkauft werden dürfen. (Vor allem Duplikate und dergleichen.) Aus dem aufgelisteten Verzeichnis geht hervor, daß der Wert der zur Veräußerung freigegebenen Kunstwerke 200 Millionen französische Franken beträgt. Die Erlaubnis zum Verkauf dieser Gegenstände soll aber nur so zu verstehen sein, daß er als allerletztes Mittel gilt, wenn alle anderen Möglichkeiten der Geldaufbringung erschöpft sind.

Franz Varnell gestorben. Eine Frau, die die folgenschwerste Einwirkung auf die Geschichte Irlands und damit auch Großbritanniens ausgeübt hat, ist soeben gestorben, die Gattin des berühmten irischen Freiheitskämpfers und Staatsmannes Parnell, der in den 70er und 80er Jahren die Seele der irischen Opposition gegen die englische Herrschaft war. Kitty O'Shea war ursprünglich die Frau eines nationalpolitischen Abgeordneten Kapitän O'Shea. Man erzählt, daß Parnell zunächst die Einladungen der leidenschaftlichen Frau hartnäckig ablehnte und daß sie daraufhin direkt ins Unterhaus ging, ihm ihre Karte in den Sitzungssaal schickte und so eine Begegnung herbeiführte. Er besuchte sie dann und wurde bald danach ihr Liebhaber. Von dieser Zeit an ließ die Wucht seiner Angriffe gegen die Regierung nach, und Mrs. O'Shea wurde nun die Vermittlerin zwischen der liberalen Regierung und Parnell. Während die Welt noch nichts von der geheimen Verbindung ahnte, war Gladstone bereits seit 10 Jahren Mitwisser des Geheimnisses, wie sie sehr erzählt hat. Der Ehemann forderte Parnell zum Duell auf, stand aber dann von seinem Vorhaben ab und betrieb die Scheidung, die im Dezember 1890 erfolgte. Varnell wurde wegen Ehebruchs verurteilt, und dadurch erhielt sein Ansehen einen gewaltigen Stoß; er verlor den starken Rückhalt, den er bis dahin im irischen Volk gehabt hatte. Auch seine Partei sagte sich zum Teil von ihm los, und aus dem gefürchteten Vorkämpfer der irischen Rechte wurde plötzlich ein machtloser Mann. Er hat diesen jähen Sturz nicht lange überlebt, sondern starb, ein gebrochener Mann, am 6. Oktober 1901 in den Armen seiner Frau, die sein Schicksal geworden war.

Wahl. Das ursprünglich für den 6. Februar in der Singalabermis angelegte X. Wahltagungsprogramm findet am Sonntag, den 20. Februar, 4 Uhr, in der Singalabermis statt.

Kunstabend. Am Abend 7 Uhr, veranstaltet Prof. D. Reich einen den „Röhen und Wäcken“ gewidmeten Kunstabend. Einführung und Vortrag hat Erich Drah übernommen.

Veranstaltung von Probingspielen. Auf Veranlassung des hiesigen Kulturamtes sollen für große Bezirke, wie das Altkönig, Verbände geschaffen werden, die die Idee des Stadttheaters in die Tat umsetzen und die Provinz darunter mit guter Kunst versorgen können.

Die Kollage der Deutschen Bäckerei in Leipzig hat sich weiter erhöht. Der Gesamtplan für 1920 schließt mit einem Ueberschuß von etwa 800 000 M. ab, ohne daß irgendwelche besonderen Maßnahmen angelegt waren.

## Rein Vaterland.

Großgenossliche Holzsohlen tanzen auf dem Zementboden des Hofes, als wollten sie ihn durchstampfen bis in die Erdkrume hinein. Harmlose Tanzweisen sprudeln zwischen den vier einschließenden Hinterhauswänden empor, wie gärende Jugend, die in finsternen, durch trübe Fenster nur über gemachten Schock quillt und drängt, hinaus, hinaus. Ein Vogel überfliegt den Hof, nimmt einen Schluck Befang mit sich nach seiner Heimat, in die frische duftende Föhren.

Und dann verstummen die Tanzschritte. Und es ist wieder nur ein höchst rentabel umbauter Hof, Licht- und Luftschacht für so und soviel Rietspartei, und es ist nur ein Haufen ärmlicher Proletarierländer, der tief unten, auf dem zementierten Hof ungeschlüssig umherliegt, abdröckelt.

Es ist, als verflänge das dunkle Lot unter den vier Fensterreihen ein Kind nach dem andern. Verflänge es, ohne Erbarmen, wie etwas, das ihm verfallen ist.

Aus einer Ecke des Hofes quillt es empor, sehrend und bittend, wie ein weher Seufzer, eine Bitte aus tiefer Seele. Nicht quillt und trost es mehr, lange, wehe Töne, weiche Rhythmen dehnen sich hinaus zum dunklen Himmel, lasten an den Häuserwänden entlang nach einem Ausweg, suchen und fordern Erfüllung. Ein schlichtes Lied, Fanatiker mögen sagen, ein schlechtes, „nationalistisches“ Lied.

„Nach der Heimat möcht' ich wieder, nach dem teuren Vaterland — — —“

Sie singen es hier, auf einem Hof, mitten in Deutschland, von dem man ihnen gesagt hat, es sei ihr Vaterland. Sie singen es, die Arbeiterkinder, mitten in Deutschland mit einer Inbrunst, mit unerfülltem Sehnen in der Seele. Sie rufen, mitten in dem Land, das man ihnen als ihr Vaterland bezeichnet hat, nach ihrem Vaterland.

Nach welchem?

Nach dem, das die Bilder Leistikows oder Thomas' oder eines anderen ihren brennenden Augen zeigen?

Nach dem, daß ihre Väter und Mütter erschaffen wollen in hartem, ringendem Kampf? Jedenfalls — nach ihrem Vaterland. Es muß noch nicht da sein. Sie suchen und sehnen sich nach, und sie werden streiten, wenn sie groß geworden sind, um ihr Vaterland, ihre Welt zu schaffen.

Casspielhaus: Die Mausefalle, von Bahwig und Sturm. Das alte dankbare Schwantkthema vom Einbrecherwittwen, der in Ausübung seines schwierigen Berufes sich obendrein noch ein Vergnügen daraus macht, mit den Benefizien sowie der hohen Polizei ein übermütiges Spiel zu treiben, seierte im Casspielhaus eine tröstliche Aufrechterhaltung. Der Held ist diesmal kein Amateurverbrecher, nur ein geistiger schwerer Junge, der keinen Wert auf Einheit der Manieren legt. Ein menschenfreundlicher Geldgrantsfabrikant, Vorgesetzter eines Sozialversicherungsvereins für ehemalige Strafgefangene,



Am 20. Februar

fällt die Entscheidung über die Zukunft Preußens. Alle S.P.D.-Genossinnen und Genossen beteiligen sich restlos an der Wahlarbeit und melden sich morgens um 7 Uhr an den mit der Abteilungsleitung vereinbarten Stellen.

Jeder wird zur Wahlhilfe gebraucht! Keiner darf fehlen!

S.P.D.-Wahlbureaus der Abteilungen. Berlin:

- 1. Abt. Altonaer, Capellenstr. 22/23 (Rochow 4216).
2. Abt. Chausseestraße, Rummelshausener Str. 88 (Zentrum 499).
3. Abt. Ernst, Chausseestr. 100 (Zentrum 6712).

- 33. Abt. Gellert, Muthufer Str. (Humboldt 4223).
34. Abt. Gellert, Muthufer Str. (Humboldt 4223).
35. Abt. Gellert, Muthufer Str. (Humboldt 4223).

Vorort:

- M. Abt. Charlottenburg: Schellhaas, Königin-Elisabethstr. 6 (Wilhelm 4464).
22. Abt. Charlottenburg: Schellhaas, Königin-Elisabethstr. 6 (Wilhelm 4464).

- 69. Abt. Wilmersdorf: Carlshagen, Gellertstr. 12 (Wilhelm 1206).
70. Abt. Wilmersdorf: Carlshagen, Gellertstr. 12 (Wilhelm 1206).
71. Abt. Wilmersdorf: Carlshagen, Gellertstr. 12 (Wilhelm 1206).

- 103. Abt. Oberschmargenberg: Vereinshaus „Zur Post“, Rathausstr. 10 (Oberschmargenberg 382).
104. Abt. Oberschmargenberg: Vereinshaus „Zur Post“, Rathausstr. 10 (Oberschmargenberg 382).

S.P.D.-Zentralwahlleitung. Das Zentralwahlbureau für die Landtagswahl in Groß-Berlin befindet sich im Bezirkssekretariat, In den Zelten 23, und ist am Sonntag, den 20. Februar von 7 Uhr ab geöffnet.

Das Zentralwahlbureau für die Landtagswahl in Groß-Berlin befindet sich im Bezirkssekretariat, In den Zelten 23, und ist am Sonntag, den 20. Februar von 7 Uhr ab geöffnet.

Radfahrer! Die parteigenössigen Radfahrer haben am Wahltage ein Zentralkol eingekauft und werden dort von 8 Uhr morgens ab anwesend sein. Lokal: Heinrich, Rungestraße 7 (Morchplatz 4472).

Groß-Berlin

Der Berliner Stadthaushaltsplan für 1920.

Für das ganze Verwaltungsjahr 1920 ist jetzt der Stadthaushaltsplan der neuen Gemeinde Berlin auf Grund der bisherigen Vorschläge der Einzelgemeinden aufgestellt. Die Ausgaben haben sich gegen das Vorjahr ganz bedeutend erhöht, und zwar durch weiteren Preisanstieg sämtlicher Betriebsmaterialien, besonders der Löhne, überhaupt durch die gewaltige Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, dann auch durch mehrmalige Lohnerhöhungen sowie durch die Aufbesserung der Bezüge für Beamte, Angestellte und Lehrer.

Neuen Mark, aus Steuern: Gemeindefinkommensteuer 10 Millionen, Biersteuer 450 000, Hundesteuer 7 Millionen, Grunderwerbsteuer 19,5 Millionen, Reichsumsatzsteuer 2,3 Millionen, Kinematographensteuer 37 Millionen, Reichsumsatzsteuer 27 Millionen, Hausangestelltensteuer 1 Million, Wohnungszulagensteuer 2 Millionen, Schankkonzessionssteuer 700 000 Mark, hierzu Reichseinkommensteueranteil 904 250 000 Mark, zusammen 1 012 372 200 Mark.

Die Belastung Groß-Berlins durch die Kriegswirtschaft.

Der hiesigen Finanzdeputation lag bei ihren Beratungen auch eine Uebersicht für 1920 über den finanziellen Stand der außerhalb des Haushalts geführten Verwaltungen der mit Berlin verbundenen Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke zugrunde. Es handelt sich hierbei um die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände durch die Gemeinden. Die Uebersicht schließt am 31. März 1920 mit einem Fehlbetrag von 315 604 499 M. ab; dazu kommt das voraussichtliche finanzielle Ergebnis für das Rechnungsjahr 1920/21 mit einem Verlust von 126 886 333 M., so daß sich für das neue Berlin aus der Kriegswirtschaft der Gemeinden am 31. März d. J. eine Gesamtschuld von 442 490 832 M. ergibt.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

„Ich dachte, sie hätten dort auf euch gewartet.“
„Nein.“
„Aber wie konnte er dich denn allein halten... bis hin... solche weite Strecken?“
„Weshalb hätte er das nicht gekonnt — ein Mann ein Weib?“
„Gewiß, ja — solch ein Kerl — der hätte wohl seine Mittel.“

„Er scheint es gewagt zu haben.“
„Hat er es öfters getan?“ brüllte Juha.
„Nein — nein doch,“ sagte Marja leise, wie beruhigend.
„Hast du ihn nicht gelassen?“
„Frag doch nicht so etwas!“
„Hast du ihn gelühdert?“
„Ach, frag nicht mehr!“
„Hast du nach ihm geschlagen, gebissen, getreten?“
„Was hast du, Juha?“
„Nein — nein — ich will ja nicht...“
Juha bemerkte die Brote, die vom Spieße rings über die Diele gerollt waren, und wollte sie auflesen. Zugleich aber begann er wieder:
„Wo hat er es getan?“
„Wo wars gleich...“
„Sofort, als er aus Land stieg, oder schon in Boote?“
Marja vermochte nicht zu antworten.
„Wenn ich ihn kriege — und ich kriege ihn... ich kriege ihn!“

„Was für ein Kind?“
„Juha erinnerte sich nicht, wußte nicht, dachte an nichts als an Marja... daß Marja in seinen Armen, an seiner Brust lag, zitternd wie ein frierendes Lamm.“
„Das, welches du dort hast weinen hören.“
„Marja brach in Tränen aus, sank vor Juha auf den Fußboden, von wo er sie auf die Bank heben mußte, und fiel da zusammen.“
„Richt doch... du lieber Gott.“
„Juha hielt mit der einen Hand Marja am Arme, mit der anderen drückte er ihr unbeholfen auf den schüttelnden Rücken, von Rührung und Weichheit ergriffen, gegen sein Mitleid und seine Tränen ankämpfend.“
„Ich wollte mit dir überlegen, wie wir es heimlich hierher bekommen könnten — aber ich will es nicht mehr her haben, und wenn ich es nie wiedersehen sollte.“
„Das sollst du ja... weshalb solltest du es denn nicht?“
„Sie geben es nicht heraus! Es kommt nicht mehr, da es noch nicht gekommen ist! Ich... werde es... nie wiedersehen.“
„Das wirst du doch — wir holen es.“
„Marja weinte immer noch, wimmerte fast, jetzt über das, was Juha gesagt hatte.“
„Wir holen es, holen es zusammen her.“
„Nein, lieber Juha... ach nein, nein... sag das nicht!“
„Da ist ja nichts dabei... du konntest ja dort nichts machen... er hat dich ja mit Gewalt fortgeschleppt... er hat dir ja Gewalt angetan.“
„Marja wollte rufen: er hat mir ja nicht Gewalt angetan, ich war ja gern mitgegangen! — so wäre alles gefagt gewesen. Aber sie sagte:
„Du konntest es ja doch nicht, wenn du es auch sagst — Schemieksa Kind.“
„Es ist ja nicht feins, scheint mir, so wenig wie sonst jemandes.“
„Es ist doch feins.“
„Das war ja ein Versehen... oder eher ein Unglück... weine nicht, liebe Marja.“
„Ein Unglück?“
„Dagegen konntest du doch nichts, gegen die Gewalt.“
„Wenn sie es erfahren... deine Mutter und deine Brüder.“
„Davon erfährt niemand etwas.“
„Du wolltest es zu dir nehmen?“
„Ich werde dich doch nicht von meiner Sippe zerreißen lassen... meine Einzige, Liebste...“ (Fortf. folgt.)

Er stand mitten auf der Diele, wie ein Bär auf zwei Beinen, und führte die Hände unbeholfen zusammen und auseinander, wie nach etwas Unsichtbarem tastend, mit entrindeten Fingern, stand an derselben Stelle, wo damals Schemieksa Marja mit dem einen Arm an sich gerissen hatte.
Und Marja, wie in einem Rausch, ohne zu wissen, ohne zu fassen, wie vor einer Gefahr ausweichend und sich in dieselbe stürzend, warf sich an seine Brust, drückte sich an seinen Hals und schrie:
„Ach, lieber Juha — schlag mich nicht tot!“
„Dich, dich —“ stammelte Juha. „Ich — ich werde dich doch nicht schlagen.“
„Verzeih mir, Juha!“
„Was... weshalb denn?“
„Das mich los! — Laß mich gehen!“ — Marja versuchte von Juha loszukommen.
„Wohin denn, weshalb... liebes Kind, hör doch!“
„In die Schnelle... oder sonstwohin.“
„Weshalb... hör doch!“
Marja warf sich von neuem an Juhas Brust.
„Ich habe dich belogen!“
„Was hast gelogen?“
„Es war nicht das Kind der anderen!“







# Wirtschaft

## Die doppelte Schranke.

Dem Londoner „Star“ zufolge, bezieht sich der Gesekentwurf zum Schutze der britischen Industrien, der in der nächsten Woche im Unterhause eingebracht werden soll, auf drei Klassen von Industrien:

1. Industrien, die im Kriege wesentlich und im Frieden wichtig sind. Dies sind die „Schlüssel-Industrien“.
2. Industrien, die angeblich von dem unlauteren Wettbewerb durch eingeführte Waren, die unter Selbstkostenpreis verkauft werden, in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies sind die gedumpten Waren.
3. Industrien, die durch den Wettbewerb von Ländern bedroht werden, die infolge ihrer Währung in der Lage sind, die britischen Preise zu unterbieten und immer noch einen Vorteil dabei erzielen.

Der Gesekentwurf sieht ein Verzeichnis von Artikeln vor, z. B. gewisse Chemikalien, Glaswaren, Porzellan, optische Linsen, Bogenschützen-Kohlenlöffel und Glühstrümpfe, die entweder überhaupt nicht nach England eingeführt oder nur unter Lizenz zugelassen werden sollen. Auf spezifizierte billige Waren soll ein Einfuhrzoll gelegt werden, der, mit den Währungen während einer Zeitspanne von Monaten steigend oder fallend, einen Ausgleich zwischen dem Preise der eingeführten und der im Inland erzeugten Artikel herstellt. Der Gesekentwurf ist, wie „Star“ betont, in seinen wesentlichen Punkten durchaus schutzvoller. Gelangt er zur Annahme, so wird er zur zweiten Schranke gegen die Einfuhr deutscher Waren nach England.

**Einfuhrbeschränkungen der Schweiz.** Die Valutaforgen und Abgabematerialien haben nunmehr auch die Schweiz veranlaßt, zu Einfuhrbeschränkungen zu schreiten.

Im Schweizer Nationalrat wurde die Vorlage über gewisse Einfuhrbeschränkungen in der Schuhabstimmung mit 87 gegen 67 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Sozialisten Raine auf bürgerliche Verkündigung mit allen Produktionsländern wurde mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

**Lebensmittel- oder Rohstoffkredite?** Harding, der Gouverneur der Federal Reserve Bank, erklärt in seinem Bericht, die Nachkriegsfrage sei beendet, die finanzielle Zahlungsfähigkeit und Stabilität einer großen Anzahl anderer Länder hänge jedoch von den Vereinigten Staaten ab. Es bestehe die Gefahr, daß der amerikanische Außenhandel auf ein Minimum beschränkt bleibe, wenn nicht ein normaler Kredit und die Kaufkraft in den europäischen Ländern wiederhergestellt werde. Das sei aber nur möglich, wenn die Vereinigten Staaten fortfahren würden, ihre Rohmaterialien gegen langfristige Kredite durch eine Korporation, die nicht staatslich sei, zu liefern. Die Lebensmittel dagegen, die für den sofortigen Gebrauch verwendet würden, müßten unverzüglich an Amerika bezahlt werden. — Der Vorschlag verkennt, daß die Rohstoffnot Europas in großem Umfange schon nachgelassen hat, und die Wiederherstellung der Arbeitskraft durch eine Besserung der Ernährung die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion ist. Darum sollten die Beistrebungen, die Lebensmittelzufuhr mittels Krediten zu erleichtern, nicht unterbunden werden. Aber selbst wenn man die gute Absicht des Vorschlages würdigt, und die Stärkung der Produktion sowie des internationalen Warenverkehrs, die er voraussetzt, anerkennt, hat er für Deutschland keinen Wert, solange die Entente mit langen Flügeln auf die Beschlagnahme großer Ausfuhrwerte lauert und so Deutschlands Kreditfähigkeit untergräbt. Darüber wären ein paar aufklärende Worte der amerikanischen Finanzwelt an die Wiedergutmacher sehr erwünscht.

**Verbraucherkammern.** Die Rot der Verbraucher ist groß. Ihre wirtschaftspolitische Inwertungsverwertung aber ist unzureichend, weil sie zerstückelt ist. Interessensvertretung der Verbraucher streiben die verschiedenen Konsumvereine, Baugenossenschaften, Hausfrauenvereine, Mietervereine, Beamtenvereine, Gewerkschaften usw. Jede Organisation treibt Verbraucherpolitik für sich allein, ohne Kenntnis dessen, was die andere tut. Die selbständigen Produzenten dagegen arbeiten in großen Zentralorganisationen und kämpfen mit vereinter Kraft in Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw. Was bei den Produzenten seit Jahrzehnten besteht, wollen nun auch die Konsumisten in die Tat umsetzen. Sie versuchen den Zusammenstoß aller Verbraucherorganisationen und wählen dafür als Form die Verbraucherkammer. Kammer genossen besondere Vorrechte und sind vom Staate gesetzlich kontrolliert. Verbraucherkammern sollen die wirtschaftspolitischen Interessen der nicht gewerblichen Verbraucher vertreten, sie sollen die Hauswirtschaft fördern, die Behörden in Verbraucherfragen beraten, Sachverständige in Verbraucherangelegenheiten ernennen usw. Eine solche Verbraucher-Kammer ist, wie wir berichten, kürzlich in München gegründet worden.

# Weisse und rote Küstungen.

Kassel, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wird die Vernehmung Harbichs fortgesetzt. Bevor in die Verlesung der Notizen Harbichs über die Waffenlager der Orgesch geschritten wird, erklärt der Vorsitzende, daß die

## Waffenlager tatsächlich nicht vorhanden

seien. Dr. Wolff: Derjenige, der die Öffentlichkeit von der Anklageschrift unterrichtet hat, wird auch dafür gelobt haben, daß die Waffen der Reaktion rechtzeitig verschwinden sind! Ich werde unter Beweis stellen, daß der Aufmarschplan der Orgesch gegen Frankreich aus dem bei dem Angeklagten Altmüller beschlagnahmten Material hervorgeht. Der Angeklagte erklärt sodann, daß er seinen Logismir auf der Straße, den Lünener

## Führer der D.A.P.D. für einen Spieß

hätte. Er habe das Material am Dienstag verbrannt, darauf habe Auf der Straße ihn veranlaßt, das Material zu rekonstruieren und am Tage darauf sei er verhaftet worden. — Dr. Wolff: Ich beantrage, Auf der Straße als Zeugen zu laden, daß er agent provocateur gewesen ist. — Vors.: Der Angeklagte hat doch erklärt, daß er das Material deshalb vernichtet habe, weil man in Dortmund erzählte, daß Verhaftungen der Mitglieder der Roten Armee drohen. — Harbich: Ja, auch deshalb, aber mir erschien das Material auch wertlos.

In den stenographischen Aufzeichnungen Harbichs über eine Konferenz in Berlin findet sich die Notiz:

## Däumig soll Deutschlands Trostli werden.

(Die Angeklagten lachen hell auf.) — Auch diese Notizen sind auf Aufforderung Auf der Straße gemacht. Auf Antrag Wolffs beschließt das Gericht, Auf der Straße für Montag als Zeugen zu laden. Bei Harbich wurden Karten von Rheinland-Beisolen und von Russland gefunden. — Dr. Wolff: Ich beantrage, die Akten über die

## reaktionäre Organisation Roterd

zu verlesen. In diesen Akten, die vorliegen, steht, daß in Bayern schon im Jahre 1920 ein Plan bestand, innerhalb vier Wochen gegen Frankreich zu marschieren. (Der Vorsitzende verliest die betreffende Stelle.)

Wolff: Ich beantrage, den in den Akten genannten Kriminaloberkommissar Kesseler der Sicherheitspolizei Bayreuth und einen Mann namens Ered zu laden. — Staatsanw.: Das ganze ist eine lächerliche Sache. — Wolff: Ich glaube, daß in dem Material gegen Ered viel Belastendes vorhanden ist, als gegen alle sieben Angeklagten. Es ist von mir bereits gesagt worden, daß ich die Verteidigung darauf aufbauen will, daß die Angeklagten

## in Rotwehr

gehandelt haben. Ich muß also dem Gericht beweisen, wie non rechts gerichtet wurde. Ich bitte daher, die militärischen Leiter der Orgesch für Ost-Sachsen zu laden, außerdem den Oberst von Thannstein, Hauptmann von der Thann und Oberleutnant Kurt Weidhaupt, Oberleutnant von Bilsow als Zeugen dafür, daß heute noch eine enge Verbindung zwischen dem Jungdeutschen Orden in Kassel und der bayerischen Orgesch besteht. In Hamburg wurde ein Waffenring zwischen Orgesch, bayerische Einwohnerwehr und Stahlhelm gegründet. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig mit Waffen, Geld und Material. Außerdem bitte ich, aus demselben Anlaß den Leiter der Orgesch im Freie Slegen zu laden.

Staatsanw.: Ich bitte, die Anträge abzulehnen. Von Rotwehr kann keine Rede sein. Sollte den Anträgen stattgegeben werden, so müßte ich die Ladung von Gegenseiten verlangen und Darlegen, daß die ganze Organisation der D.A.P.D. und der Dritten Internationale auf den Beweismitteln Ausland als springenden Punkt gerichtet ist.

Das Gericht beschließt, in einer späteren Sitzung über die Beweisanträge der Verteidigung zu entscheiden. Weiter beschließt das Gericht, die Akten gegen Ered zu verlesen, die die Organisation Roterd zum Inhalt hat. Die Roterd besteht aus ausgeschiedenen Militärpersonen und wurde als fliegende Abteilung zur Erledigung wirtschaftlicher Aufgaben verwendet, um die Mitglieder zu ernähren. Ered, der Werber für Roterd war, hat Kesseler gegenüber gesagt, daß es

**Deutsche Grundkreditbank in Gotha.** Die Generalversammlung beschloß die Vereinigung der Bank mit der Schwarzburgischen Hypothekendarlehenbank in Gotha. Zur Begründung des Entwerfes wurde auf die schwierige Lage der kleinen Hypothekendarlehenbanken hingewiesen, die es mindestenswert erscheinen ließen, sich zu größeren Unternehmungen zusammenzuschließen. Es wurde beschlossen, das Grundkapital um 4 1/2 Millionen Mark von 18 auf 22 1/2 Millionen Mark zu erhöhen.

## Wald Krieg gegen Frankreich

geben werde. Ered gibt selbst zu, beim Werben zu Kesseler, den er für einen Deutschnationalen gehalten habe, gesagt zu haben, sie würden bald gegen Frankreich oder die Armee ziehen. Später erklärte dann Ered, er habe bloß im Eifer des Werbens mehr gesagt, als wahr gewesen sei. Ered leugnete später alle die belastenden Ausprüche, die er gegenüber Kesseler getan hatte. Das Material, das verlesen wird, ist überaus belastend, trotzdem ist von der Staatsanwaltschaft beim Kasseler Sondergericht am 4. Dezember

## das Verfahren eingestellt

worden. In der Einstellungsurkunde der Staatsanwaltschaft heißt es, Roterd sei eine harmlose Organisation entlassener Loewenfeld-Soldaten gewesen, die sich durch Zusammenfluß leichter zu ernähren glaubten.

Verteidiger Dr. Wolff: Ich habe darauf bestanden, daß das Material verlesen wird, damit sich jeder eine Vorstellung davon machen kann,

## wie objektiv die Staatsanwaltschaft

vorgegangen ist. Ich beantrage, daß alle die Personen geladen werden, die in der Ered-Angelegenheit genannt sind, als Zeugen dafür, daß die Roterd tatsächlich eine verdeckte militärische Organisation war. Die erste Aussage des Deutschnationalen Ered wurde von der Staatsanwaltschaft als unwichtig bezeichnet, weil Ered sie widerrufen hat. Bei dem kommunistischen Angeklagten Harbich wird das erste Geständnis im Gegensatz zu dem Fall Ered, trotz des Widerrufs, von der Staatsanwaltschaft als das wichtigste Belastungsmaterial bezeichnet. Bei dem Kommunisten hat man die bedeutendsten Personen sofort gerichtlich vernehmen lassen, während bei dem Fall des Deutschnationalen Ered zum Teil bloß Mitteilungen eingefordert wurden. Warum hat die Staatsanwaltschaft sich nicht darum gekümmert, wer die Militärjahrscheine ausgegeben hat für die für Roterd gewordenen Leute? — Staatsanw.: Ich bitte, die Anträge abzulehnen. Ich lehne es ab, hier meine amtliche Tätigkeit zu rechtfertigen. Die Verantwortung dafür muß mit überlassen bleiben. Die Militärjahrscheine rechtfertigen sich dadurch, daß es sich um eine militärische Organisation handelte, denn es war ja die aufgelöste Brigade Loewenfeld. Die Verteidigung sucht ihr Amt in auschweifender Weise durchzuführen! — Vert. Dr. Sefel: Nachdem Kesseler den Ered angezeigt und Ered abgetreten hatte, die ihn belastenden Verurteilungen Kesseler gegenüber getan zu haben, ist Kesseler noch einmal vernommen worden, oder fand gar noch eine Gegenüberstellung Kesseler und Ereds statt? — Vors.: Davon steht nichts in den Akten. — Dr. Sefel: Wäre das geschehen, dann hätte sich die Sache ganz anders entwickelt. Hat ja doch Ered sogar Annoncen aufgegeben, aus denen der militärische Charakter der Roterd einwandfrei hervorgeht. — Staatsanw.: Wenn das Gericht die Anträge der Verteidigung annimmt, muß ich bitten, alle überhaupt vorhandenen Akten über rote oder weiße Organisationen einzuholen. Von der Verteidigung wird in der ungebührlichen Weise gegen die Staatsanwaltschaft gearbeitet. — Dr. Wolff: Die Staatsanwaltschaft verkennt vollkommen unseren Standpunkt. Der Vorsitzende und die Beisitzer sind der Meinung, daß die Bormärkte der Linksparteien gegen den Richterstand unbedeutend sind. Das Gegenteil zu beweisen, ist das Recht unserer Anträge.

Es soll sodann dem Angeklagten Harbich seine Aussage vom 20. Januar vorgelesen werden. Das Gericht zieht sich auf fünf Minuten zurück, weil die Verteidigung beraten will, ob sie nicht gegen die Verlesung der Aussage Einspruch erheben soll. Da die Verteidigung gegen die Verlesung protestiert und die Staatsanwaltschaft sie beantragt, zieht sich das Gericht neuerdings zur Beschlußfassung zurück. Der Beschluß lautet auf Verlesung der Aussage Harbichs. Darauf wird die Verhandlung auf Montag früh 9 Uhr vertagt.

## Verurteilung in Dessau.

In dem Staßfurter Kommunistenpulch-Prozess hat das Dessauer Ausnahmegericht die Beschuldigung, die Bildung einer verbotenen militärischen Organisation, für erwiesen angenommen und Kappner zu zehn, Kunisch zu sechs, Adams zu fünf und Klasse zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Ermäßigung der Bleipreise.** Die Deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepresste Bleifabrikate hat die Preise für Bleifabrikate mit Gültigkeit ab 18. Februar 1921 um 25 R. für 100 Kilogramm ermäßigt; so daß sich der Verkaufsgrundpreis bei Abnahme von 50 Tonnen auf 625 R. pro 100 Kilogramm stellt.

**Dritter Reichstagsdienstag.** Ein 3. Reichstagsdienstag, der sich ausschließlich mit der Praxis des Siedlungswesens beschäftigen wird, findet am 1. und 2. April in Berlin statt. Zur Verhandlung stehen Finanzierungs- und Baufragen.

**Unerreichte Preiswürdigkeit!**  
**Herren- u. Damenstiefel**  
 R. Chev. u. Rindbox 128, moderne Form M. 185  
 Spangenschuhe elegante Form M. 68  
 Kinderstiefel Größe 27/30 M. 58, Größe 31/33 M. 68  
**Schuhhaus Schaal**  
 Münzstr. 20, 1. Trepp.

**Monatl. Teilzahlung**  
 für die Lauer von Berlin u. Umgebung  
**Herren - Kleidung nach Mass**  
 Guts Verarbeitung • Massige Preise  
**Julius Fabian** Gr. Frankfurter Str. 37, II.

**Vereinigung der Rechtsfreunde**  
 Berlin N. O. Friedrichstraße 127, nahe Roslstr.  
**die Rechtsanstalt des großen Bedürfnisses**  
 — Prospektbestellung — Geschäfts-Nr. 5  
 Bisher über 125 000 Markchenbe.

**Möbel**  
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen  
 Bar oder Teilzahlung  
 bei kleinster An-u. Abzahl.  
 Kulanzige Bedingungen  
 Bgl. Wohnungseinrichtung.  
 Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer  
 Bunte Küchen Einzelne Möbel  
 Liefere auch n. auswärt. Lagerung kostenlos.  
**Möbel - Cohn**  
 Gr. Frankfurter Str. 88  
 5 Min. vom Alexanderplatz.  
 Filiale: Badstr. 47-48. 5 Min. v. Bbl. Gesundbr.

**Reste-Haus C. Pelz**  
 Kottbuser Str. 5  
**Anzugstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe Kleiderstoffe Seidenstoffe**  
**Mäntel Kostüme Röcke**  
 Gut, reell, billig!

**Jede kluge Hausfrau wäscht mit Gauger**  
 Keine Wäsche ohne Mähe  
 Preis 1,00, 1,20, 1,50  
 Wäsche- und Bleichmittel vermehrt den Gebrauch von Wasser, Bleichmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert, erzeugt schneeweiße Wäsche, ist frei von Chlor. Die Anwendung von Gauger ist die denkbar einfachste.  
 Fabrikanten: W. Gauger G. m. b. H., Schöneberg, Str. 144

**Brillanten Perlen, Smaragde**  
 auch ganz kostlos, laut zum höchsten Preise  
**W. Weisager,**  
 Colignystr. 112, Eingang Neustadt

**Möbel-Ausverkauf**  
 wegen Räumung  
 zu selten billigen Preisen auch auf Kredit  
 bei kleineren An- und Abzahlungen  
 liefert frei Haus. Liefer auch auswärt.  
**Möbel-Groß**  
 Große Frankfurter Straße 141  
 Jubaubentstraße 3, Eingang Kiderstraße

**Reconvaleszenten**  
 Blotarme und Kranke trinken  
**Santa Lucia**  
 Depot: Bergstr. 34, Nord. 4038  
**Zinn u. Blei**  
 sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen  
**Metallschmelzwerke,**  
 Waldemarstr. 74, Telefon: Moritzplatz 202

**Metallankaufsstelle**  
 Outen, Grüner Weg 80  
 zahlt Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

**Oberlandesgerichtsrat**  
 auserd. sachgemäß Rechtsberatung, Abklärung schwieriger Fälle. Ob. Wilmanns, Herrmannstr. 10, Prenzlauer Berg, Postamt Str. 115, 20km 34M. Direktor Fabisch.

**Tuchfabrik - Niederlage**  
 von H. Lamprocht, Berlin - Tempelhof, Dönhofsstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Verleuten.

**Rugelisen jeder Art:**  
 Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandelisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. Eisen, Feldschmieden und Ambosse  
 sofort ab Lager lieferbar  
**Felix Kohls, Berlin C. 15, Dircksenstr. 12,**  
 Marienplatz 12072, Sd. Oststr. 12073, Marienplatz 12071.

betriebligen in Qualität und Preisen. Bezugsquellen durch:  
**Kleins Tabakfabriken**  
 H. G. Schifferstadt (Rheinpfalz) 219.

**Bei Husten**  
 Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden ist San-Rat Dr. Wegschelders **Brust-Tee** nach Orgl.-Vorschrift seit Jahren ärztlich empfohlen u. bewährt. Pakete zu 5.- u. 10.-. Elefant- u. Apotheke Berlin SW 11, Leipziger Straße 74, Dönhofsplatz.

**Ein grauer Kopf**  
 macht 10 Jahre älter! Ge-grante Haare erhalten sofort ihre natürliche Farbe und unangenehm wieder durch mein geantert un-schädliches **Wiederfarbmittel** in 15 Minuten. Preis 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-.  
**Otto Reibel, Berlin 45, 50, Gieselerstraße 4.**

**Buchhandlung Vorwärts**  
 G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2  
**Friedrich Stampfer: Religion ist Privatsache**  
 Erklärungen zu Punkt 6 des Erörterungsprogramms 31.-40. Tausend. Mk. 1.50  
**Kernreifen-Doppelreife**  
 Sumner Reibhart! Preise außerordentlich. 6 R. u. 3 R. für bei 781 Gieseler, Rummelsb. 100.







## Um die Sanktionen.

Darmstadt, 18. Februar. (WZ.) Auf der letzten Station seiner Süddeutschlandreise traf Reichsminister Dr. Simons heute vormittag hier ein, um der hessischen Regierung einen Besuch abzustatten. In der Sitzung des Gesamtministeriums begrüßte Staatspräsident Ulrich den Gast und versicherte unter besonderer Betonung der gegenwärtigen außenpolitischen Lage des Reiches, daß die hessische Regierung und das hessische Land an der Einheit des Reiches nicht rühren lassen werden. Obwohl Hessen bei den drohenden Sanktionen den ersten Stoß auszuhalten haben werde, siehe es fest hinter den Entschlüssen der Reichsregierung.

Der Reichsminister erwiderte, im Falle, daß die Londoner Konferenz ergebnislos verlaufen sollte, könnten die Sanktionen nicht ohne weiteres zur Anwendung gelangen, denn nach dem Friedensvertrag hätte zunächst die Reparationskommission das Wort. Erst wenn Deutschland sich alsdann weigern müßte, die Auflage der Reparationskommission zu erfüllen, könnten nach dem Friedensvertrag die Sanktionen eintreten. Die Reichsregierung habe ihr Ziel auf die so erfreulich einheitliche Auffassung des deutschen Volkes gestützt.

In längeren Verhandlungen wurde sodann noch eine Reihe von Fragen erörtert. Am späten Nachmittag fanden im Staatsministerium Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens statt.

## Knüttel in Reserve!

Paris, 18. Februar. (WZ.) Dem Londoner Korrespondent des „Journal“ sagte eine Persönlichkeit aus der näheren Umgebung Lord Georges, dieser finde es schlecht, wenn bei dem Herannahen einer Konferenz der Knüttel geschwungen werde. Damit schaffe man schon vor der Eröffnung einen schlechten Geisteszustand.

(Bezieht sich auf Hochs Vorbereitungen.)

## Die Londoner Konferenz.

In Berlin ist gestern der Sachverständigenausschuß zusammengetreten, der Deutschlands Vorschläge ausarbeiten soll. Die Gewerkschaften sind darin durch unseren Genossen Silberchmidt vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Herrn Balkusch vom Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften vertreten.

WZ. meldet: Der Ausschuß hat Freitag die mit den Pariser Beschlüssen zusammenhängenden Fragen nach finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft sowie die Erörterung über die der Regierung zu unterbreitenden Gutachten für die Gegenanschläge in den Grundzügen begonnen. Die Beratungen, die streng vertraulich sind, werden morgen fortgesetzt.

Paris, 18. Februar. (WZ.) Die französische Delegation zur Londoner Konferenz besteht aus Briand, dem Finanzminister Doumer, dem Minister für die besetzten Gebiete Coucheur, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Philippe Berthelot, dem Spezialisten für Orientpolitik Kammerling, den Finanzsachverständigen Cheysson und Avenol und den Wirtschaftssachverständigen Seydoux und Seruys.

## Das Programm.

Paris, 18. Februar. (WZ.) Der Londoner Berichterstatter des „Lemps“ erklärt, am Montag würden die alliierten Delegierten in Downingstreet (Ausw. Amt) zu einer Vorbereitungsitzung zusammentreten. Die erste Sitzung der Orientkonferenz werde am Montag abend oder Dienstag morgen mit den Griechen stattfinden. Es handle sich vor allen Dingen darum, welche Auflagen die griechischen Bevollmächtigten über den Friedensvertrag von Scors haben; alsdann werde die Frage der Anerkennung des Königs Konstantin erörtert werden. Die alliierten Mächte würden wahrscheinlich die Garantien verlangen, die in dem Memorandum von Lord Curzon im Monat Dezember enthalten sind.

## Noch mehr Kohlen!

Paris, 18. Februar. (WZ.) Dem „Matin“ zufolge begründet die französische Regierung ihre neuen Kohlenforderungen an Deutschland damit, daß Deutschland unbedingt zu der Lieferung fähig sei. Die Arbeitszeit im Ruhrrevier brauche nur um zwei Stunden täglich verlängert (!) und die bolschewistische Propaganda unterdrückt zu werden. Falls Deutschland dies nicht durchführen könnte, seien die Alliierten bereit, die Kontrolle und die nötigen Nachsmittel zu übernehmen.

## Good bye!

Paris, 18. Februar. (WZ.) Der „Lemps“ bestätigt, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, Boyden, von seiner Regierung zurückerufen wurde. Er werde sich morgen von seinen Kollegen verabschieden.

## Das englische Gewerkschaftsmanifest.

London, 18. Februar. (Holländisch Nieuwsbureau.) In der Deutschschrift der englischen Gewerkschaften wird u. a. noch gesagt, wenn Deutschland das verheerte Nordfrankreich wiederherstellt, müsse die Entente auf die Zahlung der Kriegspensionen der Alliierten verzichten. Bestehe die Entente darauf, daß ein Betrag, der den Kriegspensionen gleichkomme, von Deutschland gezahlt werden müsse, dann sei Deutschland als Kunde verloren.

## Neue Ostseeblockade!

Ohne irgendeine Stütze im Befehlshand von Versailles zu besitzen, hat eine Entente-Kommission in Stettin sich dazu beboldmächtig, die nach den Ostseestaaten auslaufenden Schiffe „auf Waffen“ zu durchsuchen. Die deutschen Zollpapiere gelten den Gewalttätern nichts.

Mögen sie sich nur nicht darüber ärgern, daß sowohl in Deutschland wie in Rußland dieses Vorgehen einfach als eine stille Blockade empfunden wird, wobei uns natürlich auch die Absicht der Hinderung unseres Handels vollkommen klar ist.

## Deutsche Docks für die Entente.

Hamburg, 18. Februar. (Relunion.) Im Tau von drei Hamburger Schleppdampfern ist gestern abend ein Schwimmdock aus Stedek hier eingetroffen, das an die Entente abgeliefert werden muß. Das Dock wird hier in ein Dock der Deutschen Werft getrieben und dann mit diesem zur Ablieferung gebracht. Holländische Dampfer sollen die beiden Docks nach Hardezwang schleppen.

## Polen und Danzig.

Warschau, 18. Februar. (Havas.) Gestern wurden die Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig durch eine Begrüßungsfeier eingeleitet, wobei der Vorsitzende der polnischen Abordnung, Senator Plusinski, im Namen seiner Regierung erklärte, daß die Verhandlungen sich auf politische, wirtschaftliche und Verkehrsfragen erstrecken würden. Das Ziel sei, im Gebiet Danzig alle diese Fragen derart zu regeln, daß

## Polen freien Zugang zum Meer

beträme und ihm die Eröffnung der Schifffahrt auf allen Meeren ermöglicht werde. Er hofft, daß die Verhandlungen in Kürze ein Abkommen ergeben würden, das als Grundlage für die Wahrung der beiderseitigen Interessen und des gegenseitigen Vertrauens dienen könnte. In seiner Antwort dankte Jewelowski für diese Erklärung und drückte gleichfalls die Hoffnung auf Wahrung der

## Freundschaftlichen Beziehungen

sowie auf den baldigen Abschluß des Abkommens aus. Die Ausschüsse werden drei Tage in Danzig und drei Tage in Warschau tagen.

## Stimmzettel

die in allen Groß-Berliner Wahlkreisen für alle Wahlen gültig sind (Landtag, Provinziallandtag, Kreistag), sind überall bei den örtlichen Funktionären der Sozialdemokratischen Partei, im Bezirkssekretariat, Berlin NW., In den Zelten 23 (Fernspr.: Hansa 1424—25), sowie an den Wahllokale erhältlich.

## Die wahren Bolschewisten.

Bereits vor einigen Monaten erteilte die Entente-Mission an alle Anlagen des Flugfeldes von Wiener-Neustadt zu vernichten, und hat selbst vor den zu Wohnungszwecken umgebauten Baracken nicht halt gemacht. Die Einsprüche und das Ansuchen, die Einrichtungen für die Industrie verwenden zu dürfen und vor allem die Wohnungsgelände zu schonen, bewirkten einen Ausschub. Bald jedoch kam ein abermaliger Befehl, die Hangars und Gebäude abzutragen.

Die, die die kunstreichen Motoren zusammengefügt, mußten das Vernichtungswerk leisten, und die mit dem Mechanismus vertrauten Flieger und Monteur wurden unter der Aufsicht der ausländischen Soldaten dem Bombardismus Hilfe leisten. So wurden bis jetzt 1500 Motoren vernichtet!

Abermals versuchten die Gemeindevorsteher dem wahnwitzigen Verlangen, die Gebäude zu zerstören, Einhalt zu tun. Sie legten der Mission klar ausgearbeitete Pläne für die Umwandlung in Friedensindustriestätten vor. Sie wiesen nach, daß das Abtragen und die Ueberführung der Materialien nach anderen Orten unerschwinglich hohe Kosten verursachen würden.

# Ein letzter Appell.

Die Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei für Groß-Berlin hatte zum Freitag abend die Wähler zu einem letzten Appell vor den Preußenwahlen aufgerufen. In allen Stadtteilen fanden Versammlungen statt, die zum Teil überfüllt waren. Wir lassen hier einige der uns in später Abendstunde zugegangenen Berichte folgen:

In der „Drachenburg“ versammelten sich reichlich tausend Genossen des Südostens, um die Ausführungen des Genossen Hejchold anzuhören, der noch einmal alles zusammenfaßte, was alle Wähler veranlassen muß, ihre Stimmen an die Kandidaten der S.P.D. zu vereinigen. Die Notwendigkeit, endlich wieder zu einer geschlossenen Einheitsfront der Arbeiterschaft gegenüber der Reaktion zu gelangen, sei sich mehr und mehr durch. Allen Unterbrechungen zum Trost, die von unabhängiger und kommunistischer Seite kamen, wies Hejchold darauf hin, daß der Kampf für die freiheitliche Verfassung in Reich und Staat am folgerichtigsten und energischsten von uns durchgeföhrt wurde. Seinem Appell, am 20. Februar der S.P.D. der Partei Beibehaltung, Nichtschicks und Singers zum Siege zu verhelfen, wurde jubelnd zugestimmt. In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten, von denen aber namentlich ein Wanderredner heftig wenig Ansehen fand. In seinem Schlusswort forderte Hejchold die Anwesenden nochmals auf, ihre Pflicht am Wahltag zu tun. Die manchmal recht bewegte Versammlung nahm einen durchaus befriedigenden Verlauf. Mit Hochrufen auf unsere Partei und auf den guten Ausgang der Wahl schloß Genosse Krause die Versammlung.

In der Schönhauser Vorstadt war die Versammlung in der Meimstraße überfüllt, die Gegner befanden sich in verschwindender Minderheit. 1200 Personen dürften zugegen gewesen sein. Das über zweistündige Referat des Genossen Kuttner setzte die Versammlung in begeisterte und wohlverdiente Stimmung. Nur nach der ersten Stunde gab es eine vorübergehende Störung, als ein paar kommunistische Radaubruder gewaltlos aus dem Saal entfernt werden mußten. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und unter Absingung der Arbeitermarxhymne ging die Versammlung auseinander.

Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung in den „Sophienböden“ nahm einen würdigen Verlauf. Die sachlichen Ausführungen des Referenten, Genossen L&co, wurden oft von meist zustimmenden Zwischenrufen begleitet, doch waren auch eine Anzahl Gegner anwesend. Trotz Aufforderung des Versammlungsleiters meldete sich jedoch keiner der Gegner zum Wort, so daß der Versammlungsleiter feststellen konnte, daß alle Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden gewesen seien.

Die im „Nationalhof“ abgehaltene Versammlung, in der Genosse Eduard Bernstein referierte, war großartig besucht. Einige wenige Kommunisten, insbesondere Jugendbilde, machten einige Zwischenrufe, wurden aber von Bernstein sofort geschickend abgeföhrt und verurteilt. Die Versammlung wurde glänzend zu Ende geföhrt. Das Wort zur Diskussion wurde nicht gemischt. Der Ausgang der Versammlung

## Die Entente-Mission bestand auf der Zerstörung

der Hangars, Depots usw. und bestimmte als Endtermin den 20. Februar. Und die überwachenden Soldaten, die das arme Oesterreich monatlich Hunderttausende kosten, haben den Auftrag, darauf zu achten, daß auch nicht das kleinste, das unscheinbarste Stüchchen unverfehrt bleibe!

Am 15. d. M. hat sich folgender Vorfall ereignet: Der englische Oberst Fletcher erschien in Begleitung des Franzosen Barés und des Italieners Demisselli, um den

## „Fortschritt“ der Zerstörungsarbeiten

zu besichtigen. Da es die Herren anscheinend recht eilig hatten, stellte Fletcher den mit der Zerstörungsoberaufsicht betrauten Ingenieur Christian zu Rede und maß ihm die Schuld bei, daß die Zerstörung so langsam vor sich gehe, wobei er ihm einige Stöße gab, ihn beim Kragen faßte, durch die Halle schleppte und ihn hinauswarf.

Hundertfünfzig Arbeiter waren Zeugen dieser unerhörten Tat; es ist kein Wunder, wenn es hierauf zu einer erregten Demonstration kam.

## Die Betriebsarbeiterräte

begaben sich zur Entente-Kommission, um energisch Bewahrung einzulegen. Doch wurden sie nicht angehört. Bald drang die Kunde in andere Betriebe und rief überall tiefste Empörung hervor. Da stieg wohl in Fletcher die Ahnung auf, daß sich die Hände der Arbeiter mitunter auch zu Fäusten ballen können, die keine Entente-Zerstörungsdrehscheiben zu öffnen vermögen. Es blieb ihm unter dem Druck der Arbeiter nichts anderes übrig, als sich zu einer kleinen Anständigkeit aufzuschwingen und den Ingenieur Christian vor der ganzen Arbeiterschaft um Entschuldigung zu bitten...

## Protest.

Wien, 18. Februar. (WZ.) Der Betriebsräte-Kongreß der Metallarbeiter hat allerschärfsten Einspruch gegen die vandalische Zerstörung von Werken erhoben, die mit der Kriegswirtschaft in keinem Zusammenhang stehen, für den Wiederaufbau der verelendeten Volkswirtschaft aber von ungeheurer Bedeutung waren. Die maßgebenden Behörden werden aufgefordert, sich mit den Entente-Missionen nochmals unverzüglich ins Einvernehmen zu setzen, um eine Milderung, wenn nicht eine gänzliche Aufhebung der bezüglichen Bestimmungen herbeizuföhren.

## Die schwedische Krise.

Stockholm, 18. Februar. (WZ.) Nachdem die Führer der drei großen politischen Parteien die Aufforderung zur Kabinettsbildung abgelehnt hatten, forderte der König heute den Ministerpräsidenten Freiherrn De Geer auf im Amte zu bleiben. Dieser erklärte indessen, dem Wunsche nicht entsprechen zu können. Der König hat dann den Regierungspräsidenten in Göttingen, Oscar von Sjödom, aufgefordert, die Regierung zu bilden. Sjödom hat sich bereit erklärt, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Annahme des Auftrags vorhanden sind.

Die französische Rheinarmee läßt laut Verordnung 64 der Interalliierten Rheinlandkommission eine genaue Bestandsaufnahme über Pferde, Karren, Wagen, Kraftwagen, Motor- und Fahrräder im besetzten Gebiet vornehmen. Was soll das bedeuten?

Kampfanlage der U.S.P. gegen ... Die bayerische Landtagsfraktion der U.S.P. veröffentlicht eine Kampfanlage gegen die Regierung. Sie wisse, daß die Machtverhältnisse im Landtag ihr nicht die Möglichkeit gäben, eine klare Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu erzwingen; sie werde aber den Kampf gegen die Regierung wahr in der schärfsten Form fortsetzen und fordere ihre Genossen im Lande auf, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen.

berechtigt zu den besten Aussichten für Sonntag. Zu bemerken ist noch, daß unsere Versammlung die beiführende aller Parteien im Westen war. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei geschlossen.

In Lichtenberg fand im Cäcilien-Angeze eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Haenisch über die Landtagswahlen sprach. Er nahm darauf Bezug, daß in den früheren Wahlkämpfen die Sozialdemokratische Partei alles daran setzte, um Einzug in das preussische Parlament zu gewinnen. Genau so versuchen heute die Rechtsparteien wieder das preussische Parlament zu erobern, weil sie im preussischen Parlament noch den einzigen Haart der Revolution erblicken. Genosse Haenisch schilderte sodann die Tätigkeit der sozialdemokratischen Minister und besonders die des Kultusministeriums. Die Versammlung war recht gut besucht und nahm einen guten Verlauf. Diskussionsredner haben sich nicht gemeldet, trotzdem eine ganze Reihe von Deutsch-nationalen und Angehörigen der Linken anwesend war.

In einer glänzend besuchten Versammlung der Treptower Arbeitervereine referierte Genosse Paul Hirsch über die Bedeutung der Landtagswahlen. Von den Anfangskämpfen um das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgehend, schilderte der Referent mit passenden Worten die Kämpfe in der preussischen Verfassunggebenden Landesversammlung und ihren Errungenschaften. Eine Diskussion über den vortrefflichen Vortrag fand nicht statt. Diese Versammlung bildete einen würdigen Abschluß des Wahlkampfes der Treptower Genossen und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen auf den 20. Februar.

In Wilmersdorf sprach im überfüllten Saal der Victoria-Luisen-Schule Genosse Stampfer. Ein junger nicht unympathischer Kommunist gab in der Diskussion zu, daß ein Sieg der Kommunisten das Elend der Arbeiter zunächst nur vermehren würde und daß kommunistische Stimmen einstweilen nur der Reaktion zum Siege verhelfen könnten. Auf die erstauete Frage des Referenten, ob er dann wirklich noch kommunistisch wählen wolle, antwortete er unter allgemeiner Heiterkeit mit einem nicht sehr überzeugungsvollen klingenden Ja.

Nowanow. In überfüllter Versammlung sprach am Mittwoch Landtagsabgeordneter Gustav Heller über das Thema: „Ein letzter Stunde“. In äußerst scharfer Weise kritisierte er die Agitationsmethoden der Rechtsparteien, die dieselben Mittel wie am 6. Juni gegenüber den sozialistischen Ministern anwenden. Besonders ist es die Provinzpresse, die in dieser Beziehung geradezu ungarbliches leistet. Die Ausführungen des Genossen Heller wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt. In der Diskussion sprachen einige Kommunisten und Unabhängige. Im Schlusswort ging der Referent auf die Ausführungen der kommunistischen Redner ein und wies nach, daß die Sozialdemokratische Partei während der zweiföhrtigen Regierungszeit in Preußen viel mehr revolutionäre Taten vollbracht habe als die Kommunisten, ohne allerdings so revolutionär zu werden! Es sei notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft und vor allen Dingen auch die Frauen am 20. Februar ihre Stimme der alten Sozialdemokratischen Partei geben.



# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Kuhnredereien.

Aus Würtemberg wird uns geschrieben: Die Berliner „Rote Fahne“ bemäht sich krampfhaft, der Deffektivität zu bemerken, wie sehr der „Offene Brief“ bei der Arbeiter-schaft Deutschlands Anklang gefunden habe. In der Nr. 51 heißt es gleich auf der ersten Seite in Fettdruck: „Ueberall der Offene Brief.“ und dann werden die Orte Schweningen, Weiser, Vöberach, Saubersbrunn, Nibelbach, Puhlbrunn und Wülfingen angeführt, wo sich Arbeiterverlosmlungen, mehrfach mit Einschluß der rechts-sozialistischen Teilnehmer, entschieden für die proletarische Einheitsfront ausgesprochen hätten. Und in der Nr. 85 führte die „Rote Fahne“ wiederum eine Anzahl von Gemeinden und Städten auf, die für den Offenen Brief votiert hätten.

Eigentlich ist es lächerlich, auf die Prahlbanereien der U.S.P.D. einzugehen, denn wir in Württemberg wissen es ja, welche große Bedeutung die genannten Orte in der Arbeiterbewegung haben. Außer Schweningen, Schramberg und Ravensburg sind es lauter kleine Orte, die man zum Teil kaum auf der Landkarte findet, und im Zentralorgan der U.S.P.D. figurieren sie als wer weiß was für bedeutende Plätze. Es ist sehr fraglich, ob in allen Orten zusammen 500 Stimmen aufgebracht wurden für den berühmten Offenen Brief. Denn in Schweningen, wohl dem größten der genannten Industrieorte, stimmten von rund 80 anwesenden Betriebsräten etwa 80 für den Antrag der U.S.P.D. Und als in der Jahresgeneralversammlung derselben Stadt ein Vertrauensvotum gegen den Hauptvorsitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes beantragt wurde, fand sich keine Mehrheit für den Antrag. Aber in der „Roten Fahne“ wird an der Spitze des Blattes verkündet, wieviel Städte Württembergs für den Offenen Brief gestimmt haben. Wie groß diese „Städte“ aber sind, und wieviele Stimmen abgegeben wurden, oder wieviele dagegen stimmten, darüber schweigt des Sängers Söflichkeit. Das ganze Gebahren der U.S.P.D. ist auch in Württemberg unter die Formel zu bringen: Viel Geschrei und wenig Bosse.

## Verbandstag der Musiker.

Am Freitag wurde die Diskussion über Berufsfragen zu Ende geführt. Durch Annahme mehrerer langer Resolutionen erklärte sich der Verbandstag einverstanden mit der von den Gruppenkonferenzen beschlossenen Forderungen der einzelnen Gruppen.

Haffe Brunner, Wien machte Mitteilungen über eine in Deutschland unter der Bezeichnung „Musikhaus“ bestehende Einrichtung. Sie beruht auf einer Vereinbarung zwischen der Tonkünstlergenossenschaft und dem Musikerverband. Danach haben Musikhausbesitzer und Saitenhaber, die Musikaufführungen veranstalten, eine Gebühr (Kompositionsentwässer) zu entrichten, die sie vom Publikum erheben. Der Ertrag wird zum Teil den Komponisten, zum Teil den Musikern zugeführt und vom Musikerverband zur Unterstützung notwendiger Kollegen verwandt. Der Ertrag beläuft sich auf einige Millionen Kronen jährlich. Wenn diese Einrichtung in Deutschland bestände, würde sie schätzungsweise 10 bis 14 Millionen Mark und in Nordamerika etwa 25 Millionen Dollar einbringen.

Hierauf folgte der Bericht über das Verbandsorgan „Deutsche Musikzeitung“, den Priegel für den redaktionellen und Bismarck für den geschäftlichen Teil erstattete. Dann berichtete Zimmer über den Zentralstellennachweis. Daraus schloß sich eine längere Diskussion.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des ersten Vorsitzenden Fauth. Fast einstimmig wurden wiedergewählt: Priegel (erster Sekretär), Bismarck (zweiter Sekretär), Raab (zweiter Sekretär).

In einer Abend Sitzung wurde die Statutenberatung und andere Organisationsangelegenheiten erledigt, die kein allgemeines Interesse haben. Dann wurde der Verbandstag geschlossen.

Aus dem Bericht in der gestrigen Abendausgabe ist durch ein technisches Versehen eine Zeile fortgefallen. Infolgedessen ist nicht ersichtlich, daß der letzte Teil des Berichts, beginnend: „Der Reichsminister hat am 27. und 28. Januar im Reichstoge erklärt“... der Inhalt einer einstimmig angenommenen Resolution ist.

## Verhandlungen in der Kalf-Industrie.

Ueber die zurzeit schwierige Lage in der Kalf-Industrie fanden am 16. Februar in Berlin zwischen Betriebsleitern und Arbeitervertretern Verhandlungen statt, die leider zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Von beiden Parteien wurde die augenblicklich äußerst schwere Lage der Kalf-Industrie anerkannt und erklärten sich die Arbeitervertreter zur Behebung derselben bereit, wenn die seit Monaten schwebende Lohnfrage (Durchführung des Schiedsspruches vom 20. November 1920) vorher geregelt würde. Die Arbeitgeber lehnten jedes Entgegenkommen nach dieser Richtung ab und betonten in einer Erklärung, daß mit der Nicht-

Genehmigung vorheriger Erhöhungen der Preise Stillelegungen, Einführung von Feiertagen, Verminderung der Belegschaften und sofortige Kündigung der Lohnstellen verbunden sei.

Von Arbeiterseite wurde Verlangung der Verhandlungen beantragt, um auf einer Reichskonferenz der Kalfarbeiter über den Lauf der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Den Arbeitgebern soll von dem Ergebnis derselben Mitteilung gemacht werden.

## Afa-Mitglieder!

Am Montag, den 21. d. M. beginnen die für die Angehörigen hauptsächlich in Frage kommenden Kurse der Betriebsräte-schule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den West-

# Vergeßt den Einspruch nicht!

## Sonnabend u. Sonntag letzter Tag!

Jede einzelne Stimme ist ausschlaggebend, denn es wird „gemeindefeise“ abgestimmt. Geht zur Ortsgruppe, sie berät Euch. Legt dem Einspruch Legitimationspapiere bei. Deutschland ist ohne Oberschlesien wirtschaftlich verloren; Oberschlesien von Deutschland getrennt, ist die melkende Kuh für Polen. Helft Eurer alten Heimat in schwerster Stunde. Sichert Eure, durch Sabotage bedrohten Anträge und damit Euer Wahlrecht,

durch Einspruch. Einspruch ist nur dann unnötig, wenn zuverlässige Nachricht über **erfolgte Eintragung** vorliegt.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Schaftsbezirk Berlin. Infolge Verzögerungen organisatorischer Art war es nicht möglich, die Kurse früher beginnen zu lassen.

Kollegen, welche für diese Kurse Interesse haben, wollen sich an die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, SO. 16, Engelsufer 14/15, Eingang Portal B, II. Hof 1 Treppe, wenden. Für jeden Lehrgang von zehn Abenden (fast ausnahmslos Doppelstunden) ist eine Hörgeldgebühr von 6 M. bei Beginn des ersten Unterrichtsabends zu entrichten. Arbeitslose sind von der Hörgeldgebühr befreit.

## Aus der Buchbinderbranche.

Die kommunistische Ortsverwaltung der Buchbinder hatte zum 16. Februar eine Branchensammlung der Buchbinder einberufen, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte. Auf der Tagesordnung stand: Bericht der Branchenseitung und Neuwahl derselben. Gleich zu Anfang zeigte sich, daß auch bei den Buchbindern ernsthafte Bestrebungen, sich frei zu machen von den kommunistischen Führern, mehr und mehr Platz greifen. Ein Vertreter der unabhängigen Fraktion forderte Vertagung der Neuwahl, mit der Begründung, daß sich gar nicht übersehen lasse, wer eigentlich im Saale anwesend sei. Da keine Kontrolle ausgeübt sei, wäre es sehr wohl möglich, daß eine ganze Anzahl Berufsfremder, oder zum mindesten aber solche Mitglieder anwesend sein könnten, die zur Buchbinderbranche nicht zählen. Der Antrag wurde von den kommunistischen Führern lebensschonend bekämpft, trotz alledem aber von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen.

Nachdem dann durch Mehrheitsbeschluß die ganze Versammlung vertagt wurde, begaben sich die führenden Fraktionsmitglieder der S.P.D. und U.S.P.D. zu einer gemeinsamen Aussprache nach einem anderen Lokal. Es war angeregt worden, daß die beiden politischen Richtungen sich auf eine gemeinsame Kandidatenliste einigen sollten, um so die Kommunisten endlich aus dem Sattel zu heben. Leider fanden die Bestrebungen der S.P.D.-Mitglieder bei der Mehrheit der U.S.P.D.-Mitglieder kein Verständnis. Die Kollegen von der U.S.P.D. wollten den S.P.D.-Mitgliedern von den 11 Mandaten zunächst gar keine, dann gnädigst drei einräumen, was von den S.P.D.-Mitgliedern selbstverständlich bei der ungewissenheit viel größeren Stärke dieser Richtung abgelehnt werden mußte. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, werden leider der kommenden Versammlung drei Vorschlagslisten zur Abstimmung vor-

liegen. In der Kollegenschaft der großen Betriebe liegt es nun, in der nächsten Versammlung geschlossen zu erscheinen. Es gilt, den Gewerkschaftsvertretern endlich einmal das Handwerk zu legen. Eine Branchenleitung muß gebildet werden, die bereit ist, Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Darum, Kollegen und Kolleginnen, stimmt für die Liste, die bewährte und bekannte Kollegen enthält, nur dann können eure Interessen in genügender Weise geschützt werden.

Die Vertrauensleute der S.P.D. werden gebeten, am Sonnabend, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, Bahnmateriale im Hofal von Reimer in der Kommandantenstraße abzuholen.

## Die Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. Februar. (D.N.) In Erledigung der von den Berg- und Hüttenarbeiterorganisationen gestellten Forderung nach Lohnerhöhung um 30 Proz wurde am Mittwoch in Kattowitz zwischen den Vertretern der Unternehmer und den Gewerkschaften verhandelt. Generaldirektor Bistorius begründete die ablehnende Haltung des Arbeitgeberverbandes. Die Arbeiter hätten bisher stets für die Wünsche der Arbeiterorganisationen ein offenes Ohr gehabt, aber im Interesse der Volkswirtschaft und der Weiterentwicklung der Industrie müsse jetzt jede Lohnerhöhung grundsätzlich abgelehnt werden. Sedenfalls sei eine Lohnerhöhung ohne weitere Kohlenpreiserhöhung nicht durchführbar. Kechnische Erklärungen gaben die Vertreter der Eisen- und Zinkindustrie ab. Bei der kritischen Lage in Oberschlesien könnte eine Lohnbewegung zu unübersehbaren Folgen führen, die leicht einen blutigen Ausgang nehmen könnten. Demgegenüber hielten die Vertreter der Arbeiter-schaft an ihren Forderungen fest. Die Arbeiter-schaft sei heute nicht mehr abzuweichen. Sie wolle Anteil an den Gewinnen haben, die durch die Kohlenpreiserhöhung den Unternehmern erwachsen. Die Verhandlungen wurden schließlich abgebrochen, nachdem man sich darüber geeinigt hatte, daß ein Lohnkampf im beiderseitigen Interesse vermieden werden müsse. Die Arbeitgeber versprochen, eine Revision ihrer Auffassung vorzunehmen.

In der Generalversammlung der Brauer- und Mälznerarbeiter gab Hodapp den Jahresbericht. Die von dem Redner vorgebrachten Einzelheiten gaben ein umfassendes Bild, welches ungeheure Arbeit im Berichtsjahre von der Organisation geleistet wurde. Betrag doch allein die Summe der Lohnerhöhungen für die Gruppe der Brauerarbeiter für 5168 männliche Arbeiter 23.545.408 M. im Jahre. Im Anschluß daran gab Kaffner den Kassenbericht. Die Kassenbestände balanciert mit einer Einnahme und Ausgabe von 134.172,40 M., in der Kassa steht eine Einnahme von 75.790,91 Mark eine Ausgabe von 90.260,64 M. gegenüber. In der sich an die Berichte anschließenden Diskussion wurde u. a. das Ueberfluten und wesen kritisiert und verlangt, daß die Verammlung der Arbeitslosenkommission die Ermächtigung erteilt, die Betriebe zu kontrollieren. Bei der Neuwahl der Verwaltung trat die Verammlung dem Vorschlage der Vertrauensmännerversammlung bei und wählte an bloc den bisherigen engeren Vorstand wieder. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Hodapp, zweiter Vorsitzender Schmitz, erster Kassierer Kaffner, zweiter Kassierer Sahnte, zu Schriftführern Küster und Schweiß; als Revisoren fungieren Friedrich Schulze, Hindemuth und Schneider. Die übrigen Vorstandsmitglieder werden in den Gruppenversammlungen gewählt. Für eine ausgeschriebene Stelle werden von der Verammlung dem Hauptvorstande die Kollegen Gerhard und Artur Neumann zur engeren Wahl vorgeschlagen. Von der amerikanischen Bruderorganisation sind der Zahlstelle Berlin Lebensmittel zur Verfügung gestellt worden mit der Bedingung, auch bedürftige arbeitende Kollegen daran teilnehmen zu lassen. Die Vertrauensleute sollen die Adressen bedürftiger Kollegen der Ortsverwaltung einzeichnen.

**Achtung, Buchdrucker!** Die Firma B. Greve (Ind. Max Vofsch), Ritterstr. 50, ist nach wie vor geiperrt. Der Inhaber macht alle erdenklichen Anstrengungen, um aus der für ihn unhaltbaren Situation herauszukommen. Durch Zahlung von 50 M. über Minimum war es ihm möglich, einige Kausreißer zu erhalten. Wie alle seine bisher gemachten Versprechungen hat er auch diese nicht gehalten; zwei von den Angehörigen haben infolgedessen den Betrieb wieder verlassen. Kollegen, meldet den Betrieb; falls denen, die für gemerbliche Ordnung, für tarifliche und gesetzliche Rechte kämpfen, nicht in den Rücken!

Die Firmen Eduard Jäckel, Brunnenstr. 156 sowie H. Sydona, Lange Str. 79 sind aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten und gleichfalls zu meiden.

**Beendigung des Kaffeler Buchdruckerstreiks.** Der Streik der Buchdruckergehilfen ist beendet. Die Arbeit ist Freitag nachmittag von der Tarifbedingungen wieder aufgenommen worden. Die Arbeitgeber machten das Zugeständnis, daß ein lokaler Zuschlag von 17 1/2 Mark am 1. März in Kraft tritt.

**Beendigte Gemeindefabrikstreiks.** Der Gemeindefabrikstreik in Weimar ist beendet. Ebenso nahmen die städtischen Arbeiter in Rühlhausen die Arbeit reiflos wieder auf, nachdem die Technische Nothilfe alle Betriebe aufrecht erhalten hatte.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Dr. Werner Seiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Meier, Berlin. Verlag: Friedrich-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Goullinger u. Co., Berlin, Unter den Linden 1. Hierzu 1 Beilage aus „Die Arbeiter“.



# Wählen macht Freude -

oder sind Sie anderer Auffassung? Verständlich wäre das... Aber wenn Sie den rechten Weg beschreiben wollen, werden Sie Goldkörner finden. Wählen Sie Grünewald! - Machen Sie sich mit Grünewalds Arbeitsvereinfachungen vertraut, mit unseren Einrichtungen und Hilfsmitteln für das neuzeitlich geforderte Bureau. Arbeiten Sie plan-

## GRÜNEWALDS REGISTRATOR CO., Registratur- u. Bureau-möbel-Werke

## KVG

III. Verkaufsstelle:  
**Steglitz**  
Albrechtstr. 85-86  
Geöffnet von 9-6 Uhr.

# Billige Kleidung

Damen-Hemden aus Madapolam, Nessel... M. 35,50 bis <b>24<sup>50</sup></b>	Hemdentuch-Nessel... Meter M. 12,50 11,75 <b>9<sup>00</sup></b>
Mädchen-Hemden Gr. 50-90 cm, je nach Größe, M. 18,50 bis <b>6<sup>15</sup></b>	Bedruckte Flanelle... Meter M. 11,00 9,75 <b>8<sup>90</sup></b>
Knaben-Hemden Gr. 60-80 cm, je nach Größe, M. 17,50 bis <b>7<sup>30</sup></b>	Zephirs, Gingham's Breite 80-120 cm... Meter M. 12,50 <b>13<sup>80</sup></b>
Herren-Hemden halbhohes Trikotgewebe... Stück M. <b>22<sup>00</sup></b>	Panama für Blusen und Hemden, Breite 95 cm... Meter M. <b>14<sup>50</sup></b>

## KVG

Kleider-Verwertungs-Ges.  
Kommandantenstr. 80 81 am Oberpostplatz  
Geöffnet von 9-6 Uhr  
II. Verkaufsstelle:  
Warschauer Str. 33 Ecke Memeler Str.  
Geöffnet von 9-7 Uhr

Konfirmanden-Anzüge u. 320, 290, 265. <b>255<sup>00</sup></b>	<h2 style="font-size: 2em;">Herren-Stiefel</h2> <p>M. 48<sup>50</sup> 65<sup>00</sup> 90<sup>00</sup> 110<sup>00</sup></p>	Damen Strümpfe schwarz... Paar M. 10,50, 7,75 und <b>6<sup>00</sup></b>
Herrren-Anzüge u. 175 bis 420	<h2 style="font-size: 2em;">Damen-Stiefel und Schuhe</h2> <p>M. 39<sup>00</sup> 65<sup>00</sup> 90<sup>00</sup> 110<sup>00</sup></p>	Herrren-Socken... Paar M. 14,00, 10,50, 6,50 und <b>3<sup>50</sup></b>
Herrren-Anzüge mit gestreifter Hose <b>290<sup>00</sup></b>	<h2 style="font-size: 2em;">Kinderstiefel</h2> <p>in allen Größen</p>	Kinder-Strümpfe Größe 1-3... Paar 100 M. <b>2<sup>00</sup></b>
Getr. Jacketts u. 25, Herrrenjacketts <b>95<sup>00</sup></b>		Damen-Mäntel in vielen Ausführungen... von M. <b>48<sup>00</sup></b>
Herrren-Winter-Joppen u. 133,50		Damen-Blusen... M. 29, 34, 29 und <b>19<sup>50</sup></b>
Herrren-Paletots, elegant M. 380, 320, 220, <b>175<sup>00</sup></b>		Damen Röcke einfarbig oder gemustert... von M. <b>23<sup>00</sup></b>
Gewaschene Drollhosen... von M. <b>4<sup>90</sup></b>		Mädchen- u. Damen-Kleid... <b>82<sup>00</sup></b>
Gestrickte Herrren- u. Damen-Handschuhe u. <b>4<sup>90</sup></b>		Hemden für Kasernen... von M. <b>16<sup>00</sup></b>
Herrren- u. Knaben-Mützen } u. M. <b>6<sup>25</sup></b>		Kleiderstoffe schwarz, blau, braun... M. <b>28<sup>00</sup></b>
u. 1 Paar Ledersohlen zum Selbstbestrichen }		Hosenstoffe Doppelbreite, auch gestreift... von M. <b>30<sup>00</sup></b>
Herrren-Stepphüte... Stück von M. <b>22<sup>00</sup></b>		

Ausserordentlich billige Herrren-, Damen- und Kinder-Stiefel und -Schuhe